

rundschreiben
04/23



medico international

Kein bisschen Frieden

Krieg in Nahost | Rechtsruck in Deutschland |
Dekolonisierung der Welt

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 04/23

4 Editorial

- 6 **Rechtsruck im Schafspelz**
Über den deutschen Umgang
mit Krieg, Rassismus und
Antisemitismus



- 10 **GEGEN DIE LOGIK DER GEWALT**
Geplatze Blase
Israel: Politische Lösungen
statt militärische Eskalation

- 16 **Bericht aus der Hölle**
Nachrichten einer medico-
Partnerin aus Gaza

- 20 **Ein vergessener Krieg**
Türkische Luftangriffe auf
Nordostsyrien

- 23 **Im Schatten des Schattens**
Frauzentrum in Idlib wurde
beschädigt

- 24 **Zuflucht auf dem Land**
Eine ukrainische Kooperative
leistet Hilfe

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann [verantw.],
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

- 26 **Solidarität ist keine Sonntagsrede**
Statement in Zeiten des Rechtsrucks und der Hetze
- 28 **Projekte/Projektionen**
Brasilien, Global, Philippinen



- 30 **DEKOLONISIERUNG DER WELT**
Frantz Fanon hatte gewarnt
Südafrika: Geschichte des Widerstandes und der medico-Arbeit
- 40 **BRICS meets Dekolonisierung**
Der verschärfte Kampf um Macht und Einfluss in Afrika
- 44 **Aus der Welt**
Zum Bedeutungsverlust Europas.
Ein Essay
- 50 **Pinochet, ein Untoter**
Umkämpfte Erinnerung 50 Jahre nach dem Putsch in Chile



- 54 **DAS INTERVIEW**
Eine andere Welt war möglich
Adom Getachew über antikoloniale Befreiungsbewegungen
- 58 **medico aktiv**
Migrationspolitik, medico-Stiftung, Podcast zu Haiti
- 60 **Spenden & Stiften**
- 62 **Bestellen & Verbreiten**

Israel/Palästina ist eine der ältesten Projektregionen medicos, kaum eine ist uns so nahe. Nun steht die Region wieder am Abgrund

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hatten es in der Redaktion anders geplant: Zum Jahresende wollten wir eine rundschreiben-Ausgabe mit dem Fokus auf Projektregionen erstellen, die nicht im Mittelpunkt des medialen Interesses stehen und die in den Krisendynamiken dieses Jahr bisher wenig sichtbar waren. Dann kam alles anders. Während ich täglich mit unseren Partner:innen in Rojava im Austausch stand, die vor den Luftangriffen des türkischen Militärs Schutz suchten und Hilfe organisierten, erreichten uns am 7. Oktober die grausamen Bilder des Hamas-Massakers aus Israel. Auch wir sind tief bestürzt über die jüngsten Ereignisse. Israel/Palästina ist eine der ältesten Projektregionen medicos, kaum eine ist uns so nahe. Unermüdlich setzen sich unsere Partnerorganisationen in Israel und Palästina seit vielen Jahren grenzüberschreitend für das Recht auf menschenwürdige Verhältnisse und für das Recht auf Rechte aller dort Lebenden ein. Nun steht die Region wieder am Abgrund. Der Krieg dort und das sich entwickelnde Kriegsregime bilden nun einen Schwerpunkt dieses Heftes.

Unser langjähriger israelischer Partner Yehuda Shaul, Gründer von „Breaking the Silence“, fordert eine Abkehr von der militärischen Logik, während eine medico-Partnerin in Gaza, mit der wir seit Jahren kooperieren, von ihrem erschütternden Alltag im Krieg und dem Versuch, Hilfe zu organisieren, berichtet. Als Hilfs- und Menschenrechtsorganisation bleibt uns die bedingungslose Verteidigung der Menschenrechte für alle. Mario Neumann richtet im Leitartikel den Blick darauf, wie die politische Auseinandersetzung der Nahost-Eskalation hierzulande autoritäre Dynamiken verstärkt.

Mitten in dieses Kriegsgeschehen, das auch hierzulande zu einer Polarisierung geführt hat, forcieren Deutschland und Europa ihre Abschottungspolitik. Die von medico mitgezeichnete Positionsbestimmung „Solidarität ist keine Sonntagsrede“ ist ein Aufschrei dagegen: „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, an einem autoritären Kippunkt“, heißt es darin. Jetzt geht es um die Verteidigung der offenen Gesellschaft.



Anita Starosta ist seit diesem Jahr rundschreiben-Redakteurin. Sie bereist regelmäßig die kurdischen Gebiete und steht auch in Kriegszeiten in engem Austausch mit den Partnern vor Ort.

2023 markiert nicht nur den 75. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der wir einen Schwerpunkt im letzten rundschreiben widmeten. Vor 75 Jahren wurde in Südafrika auch das Apartheid-System eingeführt. Über die lange Geschichte des Widerstandes, des fortgesetzten Kampfes um Gerechtigkeit und die medico-Arbeit vor Ort schreibt unsere Kollegin Usche Merk, die Mitte der 1980er-Jahre über die Anti-Apartheid-Bewegung zu medico fand. Boniface Mabanza Bambu schließt an sie an und analysiert die verschärften globalen Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss in dem afrikanischen Kontinent und Zugriff auf dessen Rohstoffe. Der Bedeutungsverlust Europas, den er dabei konstatiert, steht auch im Mittelpunkt des Essays von Radwa Khaled-Ibrahim. Und Katja Maurer berichtet vom umkämpften Erinnern an 50 Jahre Putsch in Chile. Das Interview mit der äthiopisch-US-amerikanischen Professorin Adom Getachew wirft noch einmal einen Blick zurück auf den Beginn der Entkolonisierung: Sie kehrt das westliche Narrativ um, das alles vom Ende her erzählt.

Auch wenn das Jahresende unter dem Eindruck vielfacher Gewalt zu Ende gehen wird, hoffe ich, dass dieses Heft einen Beitrag dazu leistet, Gesprächsräume offen zu halten. Für den Zuspruch und manchen Widerspruch, den wir in den letzten Wochen erhalten haben, möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. So bleibt der Kompass richtig ausgerichtet. Sie können entmenschlichenden Diskursen hierzulande entgegentreten, Antisemitismus und Rassismus zurückweisen. Geben Sie das gelesene Heft gerne weiter oder empfehlen Sie Freund:innen die Lektüre. Bleiben wir im Austausch.

Ihre Anita Starosta

PS: Auch für unsere Partner:innen im Libanon hat die aktuelle Eskalation bedrohliche Auswirkungen. Deshalb musste die geplante Konferenz des „MENA Prison Forum“ in Berlin abgesagt und verschoben werden.

Rechts - ruck im Schafs - pelz



Über den deutschen Umgang mit Krieg, Rassismus und Antisemitismus

Von Mario Neumann

Einer der vielleicht besten Sätze, die im Sommer der Migration 2015 über das damalige Geschehen gesagt wurden, stammt erstaunlicherweise von einem Politiker, der spätestens in jenen Jahren wegen seiner Hardliner-Politik gegenüber Griechenland weltberühmt wurde: Wolfgang Schäuble. Er konstatierte, dass die Migration ein „Rendezvous unserer Gesellschaft mit der Globalisierung“ sei.

Mit den Rendezvous in der Politik ist es in schnelllebigen Zeiten nicht anders als mit jenen in der Liebe: Sie kommen selten allein. Und seit Schäubles Rendezvous gab es zahlreiche Begegnungen der traditionell weltabgewandten und sicherheitsorientierten deutschen Lebensrealität mit den großen globalen Krisengeschehen. Die Klimakrise beschäftigte das Land, dann die Pandemie, dann der Krieg in der Ukraine und nun, mal wieder, die schreckliche jüngste Eskalation in Israel und Palästina. All diese Ereignisse, die zugleich auch Medienspektakel sind, könnten in ihrem Effekt oberflächlich besehen als eine enorme Repolitisierung des gesellschaftlichen Alltags betrachtet werden. Wer sich davon allerdings Lernprozesse, eine neue Chance für politische Alternativen oder zumindest den Griff nach der Notbremse erhofft, wird bitter enttäuscht. Auf das Rendezvous reagiert ein Großteil der Gesellschaft mit dem Ruf nach Aufrüstung der staatlichen Sicherheitspolitik, die solche Begegnungen zukünftig möglichst vermeiden soll.

Was sich in Deutschlands politischer Mitte, die auch Ausdruck einer neuen Republik in Zeiten heraufziehender Krisen ist, seitdem breitmacht, ist eine neue Begeisterung für die Lösung politischer Probleme durch Polizei, Militär und Machtvollkommenheit. Ein neuer Autoritarismus der Mitte, der bis nach links ausstrahlt. Dies ist der Untergrund des rechten Durchmarschs der letzten Monate, bei dem sich die tatsächlich rechten Kräfte entspannt zurücklehnen konnten. Das Neue darin ist, dass die autoritären Maßnahmen gleichzeitig noch durch den progressiven Begriffsapparat geleitet werden. Das verwirrt und verfängt. Das Schlechte kommt im Namen des Guten daher. In der Pandemie wurde der polizeiliche Durchgriff im Namen der „Solidarität“ ausgeübt, die Militarisierung des Denkens in Zeiten des Ukraine-Krieges mit „westlichen Werten“ und „Demokratie“ begründet. Und Deutschlands aktueller Kurs in Nahost wird unter dem Banner des Kampfes gegen Antisemitismus und eines erinnerungspolitisch geläuterten Deutschlands geführt.

„Antifaschismus“ von rechts

Das Ergebnis ist ein ziemlich sinnentleertes progressives Geraune, hinter dem sich die Mentalität eines neuen deutschen Autoritarismus versteckt. Die Auseinandersetzung zu den Massakern der Hamas und um den Krieg

in Gaza sind in dieser Hinsicht die jüngste und vielleicht auch die größte Augenwischerei der letzten Jahre. Wenn man morgens im Deutschlandfunk Hubert Aiwanger über den Antisemitismus der Migrant:innen herziehen hört, weiß man, welche Stunde geschlagen hat: Das Kulturkampf-Narrativ der politischen Rechten wird jetzt in der Sprache des Nahostkonflikts neu codiert. „Ausländer raus“ heißt jetzt „Antisemiten raus“. Die deutschen „Lehren“ aus der Geschichte werden gegen die Migrationsgesellschaft ausgespielt und Debatten um die notwendige Dekolonisierung Deutschlands und der Welt gleich mit erledigt. Der Antisemitismus wird den Migrant:innen zugeschoben und der allgegenwärtige Rassismus erscheint gewissermaßen als ein Gegenmittel. „Wesensmerkmal projektiven Denkens ist, das in uns steckende Böse auf eine Außen stehende Gestalt zu projizieren, so dass diese zum Inbegriff des Bösen wird, während wir selbst dabei vollkommen gut und rein sind. Dieser Projektionsmechanismus ist in der Regel im Krieg wirksam“, schrieb der Sozialpsychologe Erich Fromm einmal.

Wichtige Räume gehen verloren. Die Bundeszentrale für politische Bildung sagt ohne Umschweife die Konferenz „We still need to talk“ über eine mögliche multidirektionale Erinnerung ab. Jetzt wird nur noch deutsch gesprochen. Andere unliebsame Stimmen wie die wenigen verbliebenen internationalen linken Promis werden gleich mit verbannt. Jeremy Corbyn, Greta Thunberg, Judith Butler werden in Deutschland exkommuniziert, während der Rassismus in Parlamenten, Regierungen und Medien normalisiert wird. „Man will uns in Deutschland lieber nicht hören. Wir sind die unbequemen Juden“, sagte die Konferenzorganisatorin Candice Breitz der ZEIT. Das gilt auch für kritische Stimmen aus Israel, wo Menschenrechtsaktivist:innen, aber auch Angehörige von Getöteten und Entführten ganz andere Töne anschlagen als die des Krieges. Doch in

Deutschland wird jetzt ein anderes Spiel gespielt. „Wir befinden uns gegenüber dem radikalen Islam im Dritten Weltkrieg. Deshalb geht es nicht nur um Israel. ... Der Krieg ist auch innerhalb Europas“, sagt Israels Energieminister Katz im BILD-Interview. Die Springer-Presse

Wenn man morgens im Deutschlandfunk Hubert Aiwanger über den Antisemitismus der Migrant:innen herziehen hört, weiß man, welche Stunde geschlagen hat.

gibt mit solchen und ähnlichen Beiträgen den Ton vor, dem auch einige Linke auf ihre Weise folgen. Unfreiwillige Unterstützung bekommt diese Logik durch die Haltung von Teilen der Palästina-Solidaritätsbewegung, die jede gegen Israel gerichtete Tat, und seien es die Verbrechen islamistischer Gruppen, als Befreiungstat feiern, den postkolonialen Diskurs verflachen und zu einer temporären Ermächtigung missbrauchen, die in die politische Sackgasse führt.

Angriff auf die Einwanderungsgesellschaft

Im Windschatten der Debatte hagelt es nicht nur Verbote. Eingriffe in Grund- und Asylrecht werden regelrecht durchgewunken. Die verkündete Staatsräson steht auf einmal über grundlegenden demokratischen Normen. Ein Großteil der veröffentlichten Meinung wittert hinter jeder Empathie mit palästinensischen Opfern Antisemitismus. Und mancher Politiker

fordert gar, dass nur ein klares Bekenntnis zu Israel den Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft öffnen und diese im Zweifel sogar wieder entzogen werden sollte, wie Markus Söder vorschlug. Wolfgang Kubicki fordert derweil Migrationsobergrenzen in Stadtteilen.

Es werden Bundestagsbeschlüsse gefasst, die den Kampf gegen Antisemitismus mit fragwürdigen Maßnahmen und militärischer wie politischer Unterstützung Israels verrühren, während zeitgleich der wachsende Rassismus in Gesetzesform gegossen wird.

Das Ergebnis ist ein weißer, auf den Anti-Antisemitismus reduzierter Antifaschismus des Bürgertums, der einen Generalverdacht gegen arabische und muslimische Menschen ausruft. Bundespräsident und Wirtschaftsminister bestätigen ihn und fordern Unterwerfungsgesten. Diese Stimmung lässt viele Menschen mit migrantischer Geschichte über Nacht sprachlos und verzweifelt zurück. Wie sollen sie sich diesem einseitigen „Nie wieder ist jetzt!“ und seiner Leitkultur-Debatte anschließen, wenn damit gleichzeitig der rassistische Rollback und der Angriff auf die Einwanderungsgesellschaft mehrheitsfähig gemacht wird? Es stimmt eben auch, dass im geläuterten Deutschland Migrant:innen oft nicht von der Polizei beschützt werden, sondern sich vor ihr verstecken müssen. Sie werden von Behörden und Institutionen drangsaliert. Es wird nicht zu ihrem Schutz aufgerufen und der Rassismus skandalisiert, sondern sie werden zur Abschiebung und zur Hetze freigegeben.

Dass viele Menschen hierzulande den 7. Oktober gleichgültig hingenommen oder mit Freude begrüßt haben; dass in Deutschland heute viele jüdische Menschen in Angst und Sorge leben: all das ist eine zu Recht skandalisierte Wahrheit. Zu dieser Wahrheit gehört aber ebenso, dass tote arabische und palästi-

nensische Menschen die wenigsten wirklich zu bewegen und manche nicht einmal zu interessieren scheinen. Das steht für das, was Giorgio Agamben „Homo sacer“ genannt hat: Menschen, die so entmenschlicht und degradiert wurden, dass die Verletzung ihrer Rechte oder ihre Ermordung nicht als Verbrechen gilt und sie ohnehin nur als amorphe Masse erscheinen. Solche Doppelstandards führen zu Unglaubwürdigkeit und zur Abwendung von der deutschen Selbstgerechtigkeit. Und was in der deutschen Auseinandersetzung gilt, ereignet sich auch im Globalen. Es kommt zu einem immensen Glaubwürdigkeitsverlust der in der Ukraine hochgehaltenen „regelbasierten“ und „wertegeleiteten“ Außenpolitik. Der Krieg gegen Gaza wird verteidigt, Erdoğan's Krieg gegen die Kurd:innen verschwiegen. Prinzipien oder der Einsatz für werte- und regelbasierte Politik und das Völkerrecht sehen anders aus.

Da ist sie also, die „Zeitenwende“. Doch statt einer Antikriegs-Bewegung und einer breiten Mobilisierung gegen den Rechtsruck gibt es die Eingliederung der Antisemitismus-Bekämpfung in den westlichen Militarismus unter rechter Hegemonie. Um dem in Zukunft zu entgehen, sollte die unter progressiven Akteur:innen herrschende Begriffsverwirrung dringend entwirrt werden. Denn auch der jetzt nötige Antifaschismus ist #unteilbar. Erst recht, wenn er sein „Rendezvous mit der Globalisierung“ bestehen will. Tut er dies nicht, gewinnt weiter die politische Rechte.



Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des rundschriftens. Im Mai besuchte er die medico-Partner in Gaza, Tel Aviv und der Westbank.

Gegen die der Gewalt

The background image shows a scene of destruction. A wall with a large, jagged hole is visible. To the right, a window is broken. In the foreground, there is a rusted gas cylinder on a stand, a white plastic chair, and a pile of debris including pipes and wood.

Für medicos Partnerorganisationen in Israel, Palästina, Syrien und der Ukraine ist der Krieg alltägliche Wirklichkeit. Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir ihre Versuche, Hilfe zu leisten, Räume offenzuhalten – und zu überleben.

Logik



Geplatze Blase

Israel steht nach dem 7. Oktober unter Schock. Doch statt militärischer Eskalation braucht es politische Lösungen

Von Yehuda Shaul

Das schreckliche Massaker, das die Hamas im Süden Israels verübt hat, hat jede:n, wirklich jede:n Israeli schockiert. Fast jede:r hier kennt jemanden, der oder die ermordet, verwundet oder entführt wurde. Wenn nicht, dann kennt man Menschen, deren Familienangehörige betroffen sind. Wenn eine Gesellschaft solch ein Trauma durchlebt, kann sie auf zwei Arten damit umgehen: Sie kann das Loch im Herzen entweder mit Wut und Rachedurst füllen oder mit Menschlichkeit und Mitgefühl. Traurigerweise trägt die Mehrheit in Israel heute Wut und Rachedurst im Herzen. Dies spiegelt sich im sehr problematischen Diskurs der extremen Hetze durch Personen des öffentlichen Lebens und durch führende Politiker:innen wider. Nehmen wir als eines von vielen Beispielen den Präsidenten Israels, Jitzchak Herzog, der erklärte, dass es „keine unschuldigen Zivilist:innen in Gaza gibt“.

All das ist ein Problem. Denn man darf nicht zulassen, dass Zorn und Emotionen die Politik bestimmen, die rational und realistisch sein sollte. Es besteht kein Zweifel, dass Israel das Recht, ja sogar die Pflicht dazu hat, seine Bürger:innen zu verteidigen. Wozu haben wir sonst einen Staat? Aber das humanitäre Völkerrecht wurde genau für Zeiten wie diese geschrieben: für den Krieg, nicht für den Frieden. Gerade in solch

emotionalen Situationen müssen wir einen klaren Kopf bewahren. Unsere Reaktion muss sich an die rechtlichen Vorgaben halten. Die Bilder aus Gaza, die Diskussion und die Ankündigung von kollektiver Bestrafung sprechen allerdings eine andere Sprache. Sie werfen einen großen Schatten auf die Frage, ob Israel sich an das humanitäre Völkerrecht hält.

Nach dem 7. Oktober wird nun klar, dass Netanjahus Politik der letzten 15 Jahre gescheitert ist. Sie bestand darin, das palästinensische Volk zwischen Hamas und Fatah zu spalten, die Palästinensische Autonomiebehörde zu schwächen und die Hamas zu stärken – alles nur, weil er sich nicht auf einen Friedensprozess einlassen wollte, der zu einem palästinensischen Staat hätte führen können. Warum gescheitert? Wenn man seine nationale Sicherheit ausschließlich auf Gewalt gründet, muss man 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche „gewinnen“. Für immer. Und es reicht, wenn man es eines Morgens nicht tut. Ich hoffe wirklich, dass die Menschen in Israel das verstehen werden. Denn der Weg nach vorn, der trotz allem Grauen jetzt ansteht, kann nicht allein auf militärischer Macht beruhen.

Wir müssen – immer noch und weiterhin – den israelisch-palästinensischen Konflikt lösen und

seine Ursachen angehen: über ein halbes Jahrhundert Besatzung, 16 Jahre Abriegelung Gazas, 75 Jahre Vertreibung. Wenn wir das nicht tun, werden wir keinen Frieden und keine Sicherheit finden. Man kann die Palästinenser:innen nicht übergehen und eine regionale Normalisierung anstreben, den Konflikt einfach nur „managen“. Wenn ich deutschen Politiker:innen eines sagen dürfte, dann das: Wenn Ihnen wirklich daran gelegen ist, jüdisches und palästinensisches Leben zu retten und zu schützen, müssen sie alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen, die die eigentlichen Ursachen beseitigt und allen Menschen zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer Gleichheit bringt. Wir brauchen die palästinensische Unabhängigkeit, palästinensische Souveränität an der Seite Israels. Alles andere wird unserem Leben keinen Schutz, keine Stabilität und keinen Frieden bringen.

Man kann die Hamas nicht alleine mit Gewalt ausschalten, nicht nur, weil man eine Ideologie nicht töten kann: Angenommen, eine Bodeninvasion im gesamten Gazastreifen wäre „erfolg-

Das humanitäre Völkerrecht wurde für Zeiten wie diese geschrieben: für den Krieg, nicht für den Frieden.

reich“ und alle Tunnel wären geräumt. Lassen wir die massiven zivilen palästinensischen und die israelischen Opfer, die das kosten würde, für einen Augenblick ebenso beiseite wie die Möglichkeit der Flucht Hunderttausender über die ägyptische Grenze. Und nehmen wir an, all das

würde nicht Israels Friedensvertrag mit Ägypten zerstören oder einen regionalen Krieg auslösen. Die Mehrheit der Hamas-Führung und etliche Qassam-Kämpfer wären auch dann noch am Leben, wahrscheinlich in Ägypten. Die Hamas existiert außerdem auch im Westjordanland, im Libanon und andernorts. Sie wird nicht vernichtet werden können.

Wir müssen also realistisch statt rachsüchtig werden: Wenn wir ohne Exitstrategie nach Gaza gehen, um etwas Unerreichbares zu erreichen, wird das die Frustration erhöhen und uns zu noch mehr irrationalem Handeln verleiten. Was am 7. Oktober geschah, muss in die Suche nach einer politischen Lösung kanalisiert werden, die wirklich Frieden und Sicherheit bringen kann.

Zuspitzung im Westjordanland

Die Blase, die am 7. Oktober geplatzt ist, beinhaltete nicht nur die israelische Gaza-Politik. Es geht auch um die allgemeine israelische Politik gegenüber Palästina, auch im Westjordanland und insbesondere dort. Eine wachsende palästinensische Bevölkerung wird dort in einen schrumpfenden geografischen Raum gequetscht, in Enklaven mit ununterbrochener und permanenter Kontrolle. Das ist ein Rezept für Instabilität. Die Vorstellung, dass dies für immer funktionieren wird, weil wir technologisch überlegen, weil wir stärker sind, weil, weil – auch diese Blase ist geplatzt. Und wenn man dann noch ein ziviles Kolonialprojekt mit Siedlungen hinzufügt, das ständig expandiert und immer mehr Land beansprucht und diese Enklaven immer mehr unter Druck setzt, fügt man diesem Rezept noch mehr Instabilität hinzu. Das ist ein grundlegendes Problem in Israels Strategie gegenüber den Palästinenser:innen, das uns weder Frieden noch Stabilität oder Sicherheit bringen wird.

Die Besetzung in der Westbank und insbesondere die Siedlungspolitik prägen wesentlich den Alltag der Palästinenser:innen. Viele Jahre haben die Siedler:innen den Staat dazu gedrängt und ermutigt, eine Politik voranzutreiben, die im Wesentlichen auf die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung aus jenen circa 60 Prozent des Westjordanlandes abzielte, die als C-Gebiete bekannt sind. Hinein in die Enklaven der A- und B-Gebiete, sozusagen in 165 kleine Gazas im Westjordanland. Aber in den letzten

Was am 7. Oktober geschah, muss in die Suche nach einer politischen Lösung kanalisiert werden, die wirklich Frieden und Sicherheit bringen kann.

Jahren wurde das Heft des Handelns an die Siedler:innen selbst weitergereicht. Staatliche Maßnahmen wie der Abriss von Häusern, die Beschlagnahme von Land, die Verweigerung grundlegender Infrastruktur wie Wasser, Strom usw. sind nicht mehr die Hauptfaktoren für die Vertreibung der Palästinenser:innen. In den letzten zwei bis drei Jahren ist die Siedlergewalt zum Hauptgrund für die gewaltsame Umsiedlung von palästinensischen Gemeinschaften geworden.

Diese Eskalation wurde durch die völlige Straflosigkeit für die Siedlerangriffe seitens der israelischen Behörden begünstigt. Es gibt fast keine Strafverfolgung gegenüber Siedler:innen. In einem kürzlich veröffentlichten UN-Kommuniqué heißt es, dass zwischen Januar 2022 und September 2023 etwas mehr als 1.100

Palästinenser:innen in den C-Gebieten zwangsumgesiedelt wurden. Solche dramatischen Zahlen haben wir in der Westbank seit Jahren nicht mehr gesehen. Seit dem 7. Oktober hat sich diese Entwicklung deutlich beschleunigt: In nur vier Wochen wurden fast 900 Palästinenser:innen zwangsumgesiedelt.

Heutzutage sehen die Soldat:innen nicht mehr nur tatenlos zu, wenn Siedler:innen Palästinenser:innen angreifen. Das war die Realität, als ich Soldat war. Unser Befehl lautete, die Siedler:innen zu schützen. Und wenn sie Palästinenser:innen angriffen, lautete er: nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe war es, die Polizei zu rufen, die das verhindern sollte, es aber nicht tat. Die Straflosigkeit war in der Westbank systemimmanent. Aber die Dinge haben sich in den letzten zwei bis drei Jahren geändert: Es gab immer mehr Fälle, in denen sich Soldat:innen an den Angriffen auf Palästinenser:innen beteiligt haben. Das liegt am soziologischen Wandel in der israelischen Armee: Immer mehr nationalreligiöse Jüdinnen und Juden, aus denen der ideologische harte Kern der Siedler:innen stammt, dienen in Kampfeinheiten. Deshalb hört man von Palästinenser:innen immer öfter: „Vor einem halben Jahr kam dieser Typ vom nahe gelegenen Außenposten und griff mich in zivil an. Jetzt trägt er Uniform, kommt in einem Jeep und greift mich an.“ Und seit dem 7. Oktober sind die Siedler:innen die Armee. Ihre sogenannten Schnellreaktionsteams werden zum Reservedienst rekrutiert. Gewalttätige Siedler:innen aus Außenposten und Siedlungen, die normalerweise als Zivilisten nahe gelegene palästinensische Gemeinden angreifen, sind jetzt Reservisten in der Armee mit voller Ausrüstung und der Autorität. Und die Palästinenser:innen wissen aus Erfahrung, dass es nichts gibt, was sie vor deren Gewalt schützen könnte.

Selbst israelisch-jüdische Aktivist:innen, die zum Schutz von Palästinenser:innen kommen,

sahen sich Soldat:innen oder Siedler-Soldat:innen – nicht ganz klar, wer wer ist – gegenüber, die scharf in ihre Richtung schossen. Das Einzige, was dem Einhalt gebieten kann, ist eine internationale Intervention, mit Druck auf unsere Regierung. Das hat nichts mit der Hamas und ihren Terrorakten zu tun. Es geht um die Westbank. Wenn es auch dort keine Hoffnung für Palästinenser:innen gibt, was sollen sie tun? Sie sind nicht dumm, sondern rational. Sie schauen sich um und sehen, was vor sich geht. Sie sehen, dass die Diplomatie ihnen seit 30 Jahren nichts gebracht hat – nur dreimal so viele Siedler:innen.



Yehuda Shaul wuchs in Jerusalem auf und war während der Zweiten Intifada im Westjordanland Soldat der israelischen Armee. 2004 gründete er mit anderen ehemaligen Soldat:innen die medico-Partnerorganisation Breaking the Silence, der er lange Zeit angehörte und die Aufklärungsarbeit über die israelische Besatzungspolitik im Westjordanland betreibt.



medico-Nahostreferent Riad Othman spricht bei Phoenix zur Lage in Gaza.

WORTE FINDEN

Die Eskalation in Israel/Palästina, seit Jahrzehnten eine der Schwerpunktregionen der medico-Arbeit, fordert auch uns. Neben der Unterstützung unserer Partner:innen vor Ort gilt es Worte zu finden: Worte, die sich den diskursiven Verengungen auch und gerade in der deutschen Debatte verweigern und die den Schutz der Rechte aller Menschen in der Region verteidigen.

So haben wir gemeinsam mit fast 600 internationalen Organisationen die Petition #CeasefireNow für einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen und in Israel unterzeichnet. Sie schließt mit den Zeilen: „Der UN-Sicherheitsrat, der UN-Generalsekretär und alle einflussreichen Staats- und Regierungschefs der Welt müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, damit ein Waffenstillstand zustande kommt. Dies ist unsere einzige Möglichkeit, weitere Verluste an Zivilisten und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Alles andere wird für immer einen Makel auf unserem kollektiven Gewissen hinterlassen.“

Mehr und Aktuelles unter www.medico.de/israel-palaestina

Bericht aus der Hölle

Eine medico-Partnerin organisiert Nothilfe in Gaza. Aus ihren Nachrichten an unser Büro ist dieser Text entstanden

Wir waren noch nie in einer so schlimmen Lage wie jetzt. Die Situation hier ist wirklich schwierig, schwieriger als jemand, der Gaza kennt, es sich vorstellt, schwieriger, als irgendwer es sich vorstellen kann. Das Projekt, in dem wir uns mit medico-Unterstützung um Kinder mit angeborenen Hörstörungen gekümmert und ihnen Hörgeräte besorgt, außerdem Workshops für Kinder und Jugendliche angeboten haben, ist vollständig zerstört worden.

Wir haben unsere Zentren für Binnenvertriebene geöffnet. Nicht all unsere Zentren, sondern nur die, die wir für etwas sicherer halten und die zumindest geeignet sind, Menschen zu beherbergen. Wir haben alleine in einem Zentrum etwa 350 Menschen untergebracht, manche von ihnen palästinensisches UN-Personal. Rund um mein Zuhause beherbergen wir auch geschätzte 200 Menschen. Wir haben aufgehört zu zählen. Wir können einen Teil der zwei Häuser nutzen, in denen meine Familie und ich leben, dazu den Innenhof, wo jetzt Menschen campieren und Schutz suchen. Wir haben zudem weitere angrenzende Flächen um unsere Häuser herum geöffnet, die die Menschen nutzen können. In einem weiteren Zentrum, wo noch mehr Menschen untergebracht sind, versuchen wir gerade, die Wasserversorgung zu reparieren, um wenigstens das Nötigste zu gewährleisten. Ich versuche, das alles irgendwie zu koordinieren.

Wir haben versucht, Matratzen, Essen und anderes für die Leute zu besorgen, aber es war unglaublich schwierig. Ich habe ein paar Matratzen auftreiben können und wir konnten Familien zumindest hin und wieder Hygienepakete mit dem Nötigsten geben, aber das war bei weitem nicht genug. Natürlich helfen die Familien einander, aber die Situation ist schwierig. Nicht nur unter den Vertriebenen befinden sich viele ältere Menschen, manche mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen. Hier sind Leute mit Niereninsuffizienz. Ich habe von einem Verwandten rund 500 Dollar und 200 jordanische Dinar gespendet bekommen, die er für die Menschen in einem unserer Zentren geschickt hat. Mehr als 80 Prozent dieses Geldes mussten für Medikamente, Windeln und Milch für Kinder ausgegeben werden. Viele meiner Kolleg:innen haben ebenfalls Familien aufgenommen, andere sind selbst obdachlos geworden oder binnervertrieben.

Wir mussten irgendwann anfangen, Leute abzuweisen. Die Nachfrage ist einfach zu groß, vor allem bei der derzeitigen Marktsituation. Es gibt nur noch sehr wenig. Mittlerweile gibt uns das Sozialministerium alle paar Tage 50 Packungen mit abgefülltem Wasser für Babys, alte Menschen und Nierenkranke. Aber das geschieht unregelmäßig und hängt von deren eigenen Ressourcen ab. Wir haben uns an das

Hauptquartier des Palästinensischen Roten Halbmonds in Ramallah im Westjordanland gewandt und um Wasser gebeten. Wir boten sogar eine Bezahlung an, aber sie weigerten sich, in Gaza etwas herausgeben zu lassen. Ihre Mitarbeiter:innen hier in Gaza erklärten sich trotzdem bereit, uns kostenlos Wasser zur Verfügung zu stellen. Das ist die Solidarität der Menschen in Gaza in diesen Tagen, über die es so viele schöne Geschichten zu erzählen gäbe. Aber ich habe das Gefühl, dass sie tief in meinem Herzen und meinem Kopf verschüttet liegen, sozusagen unter den Trümmern. Ich werde irgendwann versuchen, sie auszugraben.

Wir haben auch einen Hub für palästinensische und internationale NGOs eröffnet. Ich denke, wir machen das im Prinzip gut. Wir arbeiten, aber wie ein Pinguin. Man weiß ja, wie die aussehen, wenn sie laufen oder sich bewegen, als ob sie versuchen zu fliegen. Wir wären großartige Schwimmer, aber es gibt kein Wasser...

Es ist wirklich schwierig, keine Kommunikation und kein Internet zu haben, nicht schlafen zu können. Mein dringendstes Bedürfnis wäre es zu schlafen, zwei Stunden ohne Explosionen. In den letzten Tagen war das nicht möglich. Mein Verstand funktioniert nicht mehr richtig. Wir sind wie Zombies. Meine Konzentration liegt bei 2 Prozent, glaube ich. Es gibt Phasen, da schlafe ich 48 Stunden lang nicht. Und wegen des Bombardements kann man den Schlaf nicht nachholen.

Relativ am Anfang haben sie in meiner Straße ein Haus zerstört. Wir haben unsere Nachbarn verloren, elf Menschen, und es war fürchterlich, sie zu sehen, sie dort herauszuholen. Am nächsten Tag haben wir eine unserer Freiwilligen und ihre Kinder verloren. Ihr Mann ist ein Kollege einer anderen Organisation, ein Freund. Wir kennen die Familie sehr gut, die Kinder kamen immer zu unseren Programmen

in die Zentren. Und er konnte nicht einmal hingehen, um sie zu sehen.

Mein Team ist sehr traurig. Wir haben einen der besten Mitarbeiter verloren. Er war ein Künstler und der Koordinator unserer Kreativwerkstatt. Er hat auch das Wandgemälde angefertigt, das am Eingang unseres Zentrums im Hauptbüro zu sehen ist. Das brach mir das Herz. Er war so sanft und friedlich. Er sprach wenig. Ich mochte ihn sehr. Ich schätzte seine Art zu denken und seine Bescheidenheit. Er kam, nahm seine Tasse in der Teeküche, sagte Hallo, fragte, ob er einem ein Geschenk in der Werkstatt machen sollte und ging mit

„Mein dringendstes Bedürfnis wäre es zu schlafen, zwei Stunden ohne Explosionen. In den letzten Tagen war das nicht möglich.“

einem Lächeln. Ein Kollege, der zu unserem Notfallteam gehört, hat seinen Sohn verloren, und seine Frau und seine Tochter lagen unter den Trümmern. Sein Haus ist völlig zerstört. Wenige Stunden später schlugen erneut Bomben in derselben Gegend ein, und der große Vorplatz im Hof, neben einem unserer Zentren, das als Unterkunft für Binnenvertriebene dient, wurde zerstört. Die Familien und die Kinder sind in Panik. Die Menschen sind auch nach den Einschlägen wieder im Zentrum. Sie können nirgendwo anders hingehen. Später fand man zumindest seine Tochter. Sie hat überlebt. Aber in der Zwischenzeit lagen der Ehemann und die Tochter einer anderen Kol-

legin nach einem Treffer unter den Trümmern. Ich verliere den Verstand.

Ich bin so wütend auf die Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Die Sammelstellen bei der UNRWA und den UN sind sehr schlecht ausgestattet. Die Situation dort ist sehr, sehr schlimm. Ich bin sicher, dass sie eigentlich das Budget dafür haben, das besser zu machen. Aber sie schicken mir Nachrichten und sagen: „Wir wollen, dass Ihr helft.“ Das ist lächerlich, das ist Korruption. Sie haben all das Geld, die hohen Gehälter, die Schulen, die jetzt Sammelstellen für Flüchtlinge sind, die Gebäude, die Solaranlagen – alles für Zeiten wie diese. Und nun, als diese dann kamen, versteckten sich auch alle dort. Dann brachten die UN und die UNRWA ihre Jeeps, sammelten all ihre Mitarbeiter:innen ein, vor allem die wichtigen, und fuhren weg. Sie haben ihr ganzes Personal und was auch immer in Jeeps gepackt und sind gegangen. Sie ließen die Menschen zurück. Sie sind einfach gegangen.

Sie waren froh, dass die Einheimischen, die bei den UN arbeiten, blieben, um sich um die Menschen zu kümmern, die in den Zentren Zuflucht suchten. Aber einige von ihnen sind keine guten Menschen. Sie haben die Geflüchteten in Schulen untergebracht, teilweise 20 Familien in einem Klassenzimmer. Und dann versuchten sie, ihnen Brot für 30 Schekel zu verkaufen. Unsere Leute hier auf der Straße konnten es zu diesem Zeitpunkt noch für den gleichen Preis kaufen wie vor dem Krieg. Für 3 Schekel. Ich bin so wütend auf sie. Inzwischen gibt es sowieso kaum noch Brot, egal für wen.

Als wäre das alles nicht genug, lassen uns einige Geber in dieser Situation im Stich. Sie suspendieren die Unterstützung unserer Arbeit in Gaza und stellen alle unter Generalverdacht. Wir sind eine Organisation, die sich immer ge-

gen Hetze gestellt und sich für die Rechte von Frauen und Mädchen hier in Gaza eingesetzt hat. Das stellen sie jetzt auf den Prüfstand, kommen dann aber, um uns humanitäre Hilfe anzubieten. Geht es dabei um die Menschen hier oder um das schlechte Gewissen des Westens? Ich habe bereits von zwei Geldgebern eine Notfinanzierung abgelehnt, weil sie offenbar nicht wahrhaben wollen, was hier passiert. Ich habe abgelehnt, obwohl wir mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir werden große Probleme mit den Gehältern haben. Aber ich werde nur über meine Leiche einen Kompromiss eingehen.

Ich will allen sagen, wie wütend ich auf Deutschland und das Vereinigte Königreich, auf Frankreich und die USA und alle anderen bin, weil sie die Menschenrechte so missachten, weil sie eine totale Farce aus dem Recht machen, weil sie uns so im Stich lassen und zusehen, wie in Gaza stündlich mehr Menschen getötet werden. Ihr sollt das wissen. Deutschland soll das wissen.

Die Autorin, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben muss, arbeitet bei einer Partnerorganisation medicos im Gazastreifen.



WIDER DIE ENTMENSCHLICHUNG

Nothilfe der medico-Partnerorganisationen

Gaza: Palestinian Medical Relief Society

Die medizinische Hilfsorganisation ist in Gaza pausenlos im Einsatz, um Verletzte und Binnenvertriebene medizinisch zu versorgen. An den überfüllten Zufluchtsorten betreuen die Mitarbeiter:innen besonders Kinder und Jugendliche psychosozial. Zudem kämpfen sie gegen den Ausbruch von Seuchen und Infektionskrankheiten. Erste Medikamente konnten die Nothelfer:innen der PMRS in Gaza kaufen. Sie warten nun dringend auf Lieferungen von außerhalb, die mit medico-Unterstützung vorbereitet sind.

Israel: Physicians for Human Rights

Die israelische Organisation Ärzte für Menschenrechte hat unmittelbar medizinische Nothilfe für Überlebende der Angriffe der Hamas geleistet und tut dies weiterhin. Unter ihnen sind auch etwa 1.000 Arbeiter:innen aus Thailand, die in den betroffenen Gemeinden in Israel in der Landwirtschaft tätig waren. Die Ärzt:innen hoffen, auch bald die Menschen in Gaza medizinisch versorgen zu können. Das Engagement der Organisation ist im besten Sinne grenzüberschreitend.

Gaza: Culture & Free Thought Association

Die Kolleg:innen der gemeindeorientierten, feministischen Basisinitiative im Süden des Gazastreifens betreiben Kultur-, Jugend- und Frauen-(gesundheits)zentren. Sie haben diese und ihre Privathäuser für Binnenvertriebene geöffnet. Sie bieten ein Obdach, versorgen Hunderte Menschen mit dem Lebenswichtigsten und leisten psychologische Erstbetreuung.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Psychosoziale Arbeit von PMRS: In einer zur Notunterkunft gewordenen Schule bieten die Kolleg:innen ein wenig Ablenkung für die Kinder.

Ein vergessener Krieg

Mit Luftangriffen terrorisiert die Türkei die selbstverwaltete Region Nordostsyrien. Eindrücke aus Rojava von Egid Ibrahim

Foto: Privat



Egid Ibrahim leitete früher die Hilfsorganisation Kurdischer Roter Halbmond. Vor einigen Jahren gründete er die medico-Partnerorganisation „Right Defense Initiative“ und leitet sie heute. Er ist einer der wichtigsten Menschenrechtsaktivisten in der Region.

Anfang Oktober hat die Türkei mit mehrtägigen Luftangriffen einen großen Teil der zivilen Infrastruktur in Nordostsyrien zerstört. Bereits ein Jahr zuvor hatte die Türkei in einem zweiwöchigen Angriff Umspannwerke, Ölfelder und Getreidesilos zerstört. Worauf zielte die jüngste Angriffswelle?

Am 2. Oktober erklärte der türkische Außenminister Hakan Fidan, die Türkei werde in Reaktion auf einen Anschlag in Ankara, zu dem sich die PKK bekannt hatte, Infrastrukturen und öffentliche Einrichtungen in Nordostsyrien angreifen. Zwei Tage später erfolgte eine flächendeckende Offensive mit Kampfflugzeugen und Drohnen auf unsere Region. Und das obwohl kein nachweisbarer Zusammenhang zu dem Anschlag

besteht. Wie so oft werden unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung Kriegsverbrechen begangen. Gegen die Luftangriffe sind die Streitkräfte der Selbstverwaltung machtlos, es gibt keine Luftabwehr und den Luftraum kontrollieren die Schutzmächte USA und Russland. Sie haben nicht interveniert, wohl um einen Konflikt mit der Türkei zu vermeiden. Durch die Angriffe wurden mehr als 200 Öl- und Gasförderanlagen, Wasseraufbereitungsanlagen, Krankenhäuser und Getreidesilos zerstört. Vier Fünftel der Anlagen sind nicht mehr in Betrieb, zum Beispiel das zentrale Gas- und Stromwerk in der Region Remilan. Von den Stromausfällen sind mehr als zwei Millionen Menschen betroffen. In den Städten Qamişlo, Hasakah, Amuda und Tarbesiyah wurden Stromverteiler zerstört. Auch große Wasseraufbereitungsanlagen wurden getroffen, sodass die Zivilbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Wasser mehr hatte. In den Städten Dêrik und Kobanê wurden sogar Krankenhäuser bombardiert. Gleichzeitig gab es intensiven Artilleriebeschuss auf mehrere Grenzanlagen. Im Nordosten Syriens wurde ein Ausbildungszentrum der Internal Security Forces („Asayish“) zur Drogenbekämpfung angegriffen, 29 Mitglieder starben, Dutzende weitere wurden verletzt.

Wie hast du die Angriffe erlebt?

Wir waren sehr besorgt. Um nicht zur Zielscheibe zu werden, haben wir unsere Häuser nicht verlassen. Unsere Kinder waren sehr verängs-

tigt von den lauten Kampfflugzeugen und den Detonationen der Bomben. Gleichzeitig sind die meisten von uns nach vielen Jahren des Krieges die Bedrohung gewohnt. Leid und der Verlust geliebter Menschen sind zur Normalität geworden. Wir leben in einem ständigen Zustand der Angst, die Zukunft ist ungewiss. Die ständigen Angriffe zielen eben auch auf die Psyche der Menschen. Viele wandern aus.

Wie ordnet ihr als Menschenrechtsorganisation die Angriffe ein?

Es sind klare Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Dieses verbietet es, zivile Einrichtungen anzugreifen, die für den Lebensunterhalt der Menschen unerlässlich sind, und unnötiges Leid zu verursachen. Es untersagt auch ausdrücklich den Angriff auf medizinische Einrichtungen und Rettungshelfer:innen. Die Genfer Konvention und die zugehörigen Protokolle schreiben den Schutz von öffentlichen und medizinischen Einrichtungen vor. Die Angriffe der Türkei fallen also in die Kategorie Kriegsverbrechen. Und wenn sie vorsätzlich, systematisch und in großem Umfang wiederholt werden, sind es Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sollten vor den internationalen Strafgerichtshof kommen. Der türkische Außenminister hatte die Ziele ausdrücklich benannt. Es ist also möglich, die Beteiligten auf der Ebene der Befehlskette und Anweisungen zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen – wenn das gewollt wäre.

Welche Auswirkungen haben die Angriffe auf eure Arbeit?

Natürlich beeinträchtigten sie unsere Arbeit und die humanitäre Hilfe in der Region. In der Regel müssen Hilfsmaßnahmen während der Angriffe eingestellt werden. Wir konnten uns kaum bewegen und hatten auch keinen Strom mehr, um Handys oder Laptops aufzuladen, zu telefonieren und uns auszutauschen. Hinzu kommt die Gefahr, selber Ziel von Angriffen zu werden. Es ist mittlerweile kaum zu bezweifeln,

dass auch Menschen aus humanitären und zivilgesellschaftlichen Organisationen gezielt angegriffen werden.

Um die Versorgung der Bevölkerung stand es schon vor den Angriffen nicht gut. Nun naht der Winter. Wie schätzt du die Situation ein?

Man darf nicht vergessen, dass der Konflikt in Syrien und auch in unserer Region seit 13 Jahren andauert. Seitdem leiden die Menschen unter den Auswirkungen, unter Mangel und der permanenten Bedrohung. Schon der Kampf gegen den IS hat sehr viele Leben gekostet und er bindet bis heute Ressourcen. Daneben stehen ganze Provinzen unter türkischer Besatzung. Außerdem war auch Nordsyrien im Februar von dem Jahrhunderterdbeben betroffen. Bis heute sind Tausende Menschen obdachlos und auf Hilfe angewiesen. Das, zusammen mit der wiederholten Zerstörung von Infrastrukturen durch Luftangriffe, führt dazu, dass die Versorgung mit Wasser, Strom, Medikamenten, Nahrung und vielem mehr nicht gesichert ist. Hinzu kommt, dass der türkische Staat immer wieder den Zufluss von Wasser aus dem Euphrat unterbricht. Das hat wiederum auch Folgen für die Stromerzeugung, die teilweise über Wasserkraft funktioniert. Ähnlich schlecht sieht es bei der Versorgung mit Öl aus. Mit Blick auf den Winter ist die Verknappung von Heizmöglichkeiten ein riesiges Problem. Alles läuft auf eine humanitäre Katastrophe in der Region hinaus.

Ist es überhaupt möglich, die Menschen ausreichend zu versorgen? Erwartet ihr internationale Unterstützung?

Auf internationaler Ebene rechne ich nicht damit, dass es im Winter oder in naher Zukunft Unterstützung geben wird. Bereits vor den jüngsten Angriffen herrschte Mangel an Hilfsgütern. Tausende Menschen haben keinen Zugang zu grundlegenden humanitären Hilfsgütern, insbesondere nicht in den vielen Flüchtlingslagern. Oft gibt es internationale Unterstützung

nur in Städten wie Raqqa. Die humanitären Organisationen halten sich an die Regeln der Geber und diese erlauben oft nicht, in den kurdischen Städten wie Kobanê und Qamişlo aktiv zu sein. Die gesamte humanitäre Hilfe bei uns ist abhängig von der politischen Lage und dem Druck, der von der türkischen Regierung und den syrischen Behörden ausgeübt wird. Die Verlierer sind die Kurd:innen und die zivile Bevölkerung im Allgemeinen. Ich appelliere daher an alle humanitären Organisationen, die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft, ihre Rolle als humanitärer Akteur ernst zu nehmen und sich der Politik nicht zu unterwerfen. Tausende Zivilist:innen hier brauchen Soforthilfe, sauberes Wasser, Lebensmittel, Energie und Wasserstationen, medizinische Notversorgung und andere grundlegende Versorgungsgüter. Besonders nach dem letzten Angriff sollten sie sich dafür einsetzen, dass die Grenzen geöffnet werden und humanitäre Hilfe das Gebiet erreichen kann.

Die Situation in Syrien gilt inzwischen als ein weitgehend „vergessener Krieg“. Die Weltöffentlichkeit blickt auf den Krieg in der Ukraine, auf Israel und Gaza. Kann die Türkei diesen Krieg also einfach ungestört weiterführen?

Die Türkei ist Mitglied der NATO und hat vielfältige Interessen in Syrien. Die türkische Regierung nutzt jede Gelegenheit, Absprachen zu treffen, die es ihr ermöglichen, die Selbstverwaltung von Nordostsyrien und die Menschen in der Region anzugreifen. So war es auch jetzt. Als Schutzmächte in Nordostsyrien müssen Russland und die USA diesen Angriffen zugestimmt haben. Wer soll die Türkei also stoppen, ohne in Konflikt mit diesen beiden Parteien zu geraten? Erschütternd ist allerdings, dass auch kaum jemand sonst aus der internationalen Gemeinschaft die Angriffe verurteilt hat oder auch nur eine Erklärung dazu abgegeben hat. Die Menschenrechtsinstitutionen und Organe der Vereinten Nationen hätten die Möglichkeit, gegen

diese völkerrechtswidrigen Angriffe vorzugehen. Hinzu kommt, dass die Perspektive in der Region ohnehin düster ist. Der syrische Präsident Assad hat sich rehabilitiert und kehrt Schritt für Schritt wieder auf die internationale Bühne zurück. Er hat das Erdbeben und die Hilfsbereitschaft der Arabischen Liga für sich nutzen können. Assad sieht die Selbstverwaltung nicht als Akteur auf Augenhöhe und tut viel dafür, immer mehr Einfluss in Nordostsyrien zu erhalten – eine gefährliche Entwicklung. Die Zustimmung zu Assad ist hier nicht groß.

Gerät Syrien durch die aktuelle militärische Eskalation in Israel und Palästina noch weiter ins Abseits der Aufmerksamkeit?

Sie wird erhebliche Auswirkungen auf alle internationalen Bündnisse haben. Es kann noch zu größeren Krisen und Kriegen in der Region kommen. Syrien ist nicht weit entfernt. Die Ignoranz gegenüber dem humanitären Völkerrecht und die Entmenschlichung, vor allem im palästinensisch-israelischen Konflikt, wird Ländern wie der Türkei den Weg ebnen, weitere Verbrechen in der Region zu begehen, ohne dafür Konsequenzen fürchten zu müssen.

Das Interview führte Anita Starosta.

Die Menschenrechtsorganisation RDI setzt sich für Gerechtigkeit in Nordostsyrien ein. Die Anwält:innen dokumentieren Menschenrechtsverbrechen, sprechen mit Opfern und Betroffenen von Gewalt und Vertreibungen, sei es durch den IS oder die türkischen Angriffe. Aussagen und Beweise leiten sie an die Untersuchungskommission der UN für Verbrechen in Syrien weiter. Ihr Ziel ist es, eines Tages die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und einen Gerechtigkeits- und Aussöhnungsprozess führen zu können.

Spendenstichwort: Rojava

Foto: medico



Die Frauenrechtlerin Huda Khayti gründete das Women Support & Empowerment Center in Douma (Ost-Ghouta). Seit ihrer Vertreibung 2018 von dort in den Nordwesten Syriens leitet sie das Zentrum unter den schwierigen Bedingungen in Idlib Stadt.

IM SCHATTEN DES SCHATTENS

Bei Bombardierungen von Idlib wird auch ein von medico unterstütztes Frauenzentrum getroffen

Am 5. Oktober 2023 haben das syrische und das russische Militär mit der Bombardierung Idlibs in Nordwestsyrien begonnen. Es ist die stärkste Eskalation seit der russisch-syrischen Offensive vor vier Jahren, als rund 100 Krankenhäuser gezielt bombardiert, Tausende Zivilist:innen getötet und Hunderttausende zu Binnenvertriebenen wurden. Die aktuellen Militäroperationen werden mit dem islamistischen Attentat auf eine syrische Militärakademie in Homs begründet. Der Angriff dauert an und richtet sich maßgeblich gegen zivile Ziele: Schulen, medizinische Einrichtungen und Märkte.

Auch das von medico und Adopt a Revolution unterstützte Frauenzentrum ist getroffen worden, berichtet Huda Khayti. Eigentlich bieten die Aktivistinnen in der vom Assad-Regime belagerten Enklave Frauen und Mädchen Alphabetisierungs-, Englisch- und Computerkurse und Rechtsberatung an. Das Zentrum hat sich in der geschundenen Stadt als Treffpunkt etabliert. Huda Khayti selbst ist als Binnenvertriebene nach Idlib gekommen, nachdem das von ihr gegründete Frauenzentrum in Ost-Ghouta während des Kriegs niedergebrannt worden war. Mehrmals in der Woche fahren sie und ihr Team von Idlib aus in die Geflüchteten-Camps der Region und organisieren dort Hilfe. Auch während des Erdbebens im Februar hat das Zentrum lebensrettende Unterstützung geleistet. Allen Rückschlägen zum Trotz machen sie weiter. So sind sie aktuell dabei, die Schäden zu reparieren. Schon bald wollen sie auch wieder Kurse anbieten.

Die ohnehin dramatische humanitäre Lage in der Region wird durch die Bombardierungen weiter verschärft. International wird das ignoriert. „Es scheint, als würde die internationale Gemeinschaft alles erlauben“, sagt Huda Khayti ernüchert. Damit ein Horizont einer anderen Zukunft jenseits der Gewalt entstehen kann, braucht es eine politische Lösung und nicht nur unzureichende humanitäre Hilfe. Das syrische Regime muss international für die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, es braucht aber auch sofortige Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und ihrer Grundrechte.

Spendenstichwort: Syrien

Zuflucht auf dem Land

Eine ukrainische Kooperative, ein Dorf und Hunderte Geflüchtete

Von Karoline Schaefer

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 unterstützt medico die Landwirtschaftskooperative Longo Maï im Westen der Ukraine. Die Kooperative in Transkarpatien, nahe des Dorfes Nischnje Selischtsche ist Teil des europäischen Longo-Maï-Verbunds, der in den 1970er-Jahren gegründet wurde. Seitdem engagiert sich das Netzwerk an verschiedenen Orten Europas für solidarische und ökologische Lebens- und Wirtschaftsformen.

Unmittelbar nach Beginn des russischen Überfalls hat Longo Maï gemeinsam mit einem Netzwerk von Unterstützer:innen den Transport von Hilfsgütern in die umkämpfte Zentral- und Ostukraine organisiert und Menschen aus den Kampfzonen evakuiert. Gleichzeitig sind die Kooperative und das Dorf über Nacht zu einem Zufluchtsort für mehr als eintausend Menschen aus der Ostukraine geworden. Um die intern Vertriebenen unterzubringen und zu versorgen, hat Longo Maï in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn mit medico-Hilfe Notunterkünfte in öffentlichen Gebäuden und Unterstützungsangebote für die ankommenden Menschen geschaffen. Ein Restaurant beispielsweise wurde in eine solidarische Kantine umgewandelt, in der Dorfbewohner:innen und Vertriebene gemeinsam kochen und kostenlose Mahlzeiten servieren. Damit wurde nicht nur die Versorgung der Geflüchteten si-

chergestellt, sondern zugleich ein Ort der Begegnung geschaffen.

Viele der Menschen, die in der Westukraine ankommen, können nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren. Ihre Häuser wurden zerstört, befinden sich in umkämpften oder russisch besetzten Gebieten. Deshalb war schon früh klar, dass es auch längerfristige Bleibeorte und Perspektiven für die Vertriebenen in Nischnje Selischtsche braucht.

Vor diesem Hintergrund hat Longo Maï mit medico-Unterstützung und gemeinsam mit der Hilfsorganisation „Komitee der Medizinischen Hilfe in Transkarpatien“ [CAMZ] ein Schutzhaus aufgebaut, in dem geflüchtete Einzelpersonen und Familien für zunächst sechs Monate unterkommen können. Hier finden sie einen Rückzugsort und können das Erlebte mit Hilfe psychologischer Betreuung verarbeiten. Zufluchtsorte wie dieser sind selten in der Region, die Warteliste für die Unterkunft ist lang. Das liegt auch daran, dass inzwischen viele Menschen, die die Ukraine verlassen hatten, zurückkehren und sich im Westen des Landes niederlassen. Um ihnen eine echte Lebensperspektive zu bieten, arbeitet Longo Maï mit Unterstützung von medico an eigenen Unterkünften. Diese werden ergänzt durch Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote –



In Nischnje Selichtsche ist der Krieg weit weg. Das gibt den Vertriebenen Raum zur Verarbeitung des Erlebten.

auch für die lokale Bevölkerung. Diese ist eng in die Konzeption und Umsetzung der Vorhaben eingebunden. Das ist besonders wichtig, um Konkurrenz zu vermeiden und die Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen.

Der langfristige Ansatz ist wichtig, denn fehlende Bleibeperspektiven im Westen sind einer der Gründe, warum Menschen trotz der Kämpfe in den Osten der Ukraine zurückkehren. Gleichzeitig kann die Arbeit von Longo Mai und CAMZ auch ein Vorbild für andere Gemeinden in der Ukraine sein: für ein solidarisches und integratives Miteinander in Zeiten des Krieges und darüber hinaus.

Longo Mai hat sich schon vor Beginn des russischen Angriffs gegen die Zerstörung von Natur und für den Schutz von Geflüchteten engagiert. Auch im Krieg stellen sie sich Neoliberalismus, Privatisierung und Vereinzelung entgegen und streiten für eine andere Ukraine.



Karoline Schaefer ist bei medico für die Kooperationen im Nothilfe-Bereich zuständig. Auf dem Longo-Mai-Hof in Transkarpatien war sie zuletzt im Juni 2023.

Neben der Arbeit von Longo Mai unterstützt medico zurzeit in der Ukraine weitere humanitäre und politische Projekte: Suppenküchen in und um Charkiw versorgen Menschen in Notunterkünften mit Nahrung, Gesundheitsarbeiter:innen in Lwiw organisieren sich für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor, russische Aktivist:innen im georgischen Exil unterstützen unter anderem Deserteure und Wehrdienstverweigerer dabei, sich der Teilnahme am Krieg zu entziehen. Außerdem fördern wir die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten in Polen und Rumänien.

Spendenstichwort: Ukraine

Solidarität ist keine Sonntagsrede

Ein Statement in Zeiten des Rechtsrucks und der Hetze gegen Migrant:innen

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, an einem autoritären Kippunkt. Es ist Zeit, sich zu entscheiden: Für eine Verteidigung der offenen Gesellschaft oder für ein Abgleiten in den Autoritarismus. Was in jahrzehntelangen antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen erreicht wurde, ist in den letzten Monaten beispiellosen Angriffen ausgesetzt, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Die gesellschaftliche Linke und bislang engagierten Kräfte sind sprachlos und schaffen es nicht, sich diesen rasanten Entwicklungen entgegenzustellen. Und die migrantische Zivilgesellschaft steht auf einmal fast alleine da, so ausgegrenzt und abgeschnitten, wie wir es noch vor wenigen Monaten für unmöglich hielten. Das ist ein Skandal und muss sich ändern. Solidarität ist gefragt, die mehr denn je auch Risikobereitschaft und Klarheit erfordert.

**Dem
Rechtsruck
entgegen-
treten**

Von rechtsaußen braut sich eine immer größere Bedrohung zusammen. Wie die Landtagswahlen in Bayern und Hessen gezeigt haben, ist die AfD kein gesellschaftliches Randphänomen mehr. Doch das ist nur die eine Hälfte des Problems. Es geht einher mit der Radikalisierung und dem Rechtsruck der Mitte der Gesellschaft. Durch die Parteienlandschaft hindurch erleben wir eine massive Diskursverschiebung nach rechts, eine kaum für möglich gehaltene Entthemung der Sprache und Entrechtung – und dies nicht erst seit dem jüngsten Höhenflug der AfD. Das dem zugrundeliegende Problem ist eine Politik, die keine Antwort auf die entscheidenden Krisen der Welt – Krieg, Klimawandel und globale Ausbeutung – findet. Eine Politik, die stattdessen seit Jahr und Tag, wenn es opportun ist, die Geschichte der Migration in diesem Land zurückdrehen will. Sie nährt Steuerungs- und Kontrollphantasien und nutzt Geflüchtete als Sündenböcke, um vom eigenen politischen Versagen abzulenken.

Schon vor 30 Jahren wurde das Asylrecht im Namen des Einhegens radikal rechter Stimmungsmache und Gewalt geopfert. Geholfen hat es nichts – vielmehr war es der Nährboden für das jahrelange Morden des NSUs und der medialen Begleitkampagne gegen die migrantischen Familien. Auch

heute scheinen die „Parteien der Mitte“ zu glauben, die Wahlerfolge der AfD mindern zu können, indem sie selbst die Sprache der Spaltung, der ausgrenzenden Sicherheit, des Rauswurfs und des Sozialneids sprechen.

Die Mär von der Abschottung

Diese Debatten sind nicht nur abstoßend, sondern auch realitätsfern. Dies macht sie noch gefährlicher. Für die vielbeschworene „Überforderung“ der Kommunen ist nicht Migration, sondern eine seit Jahren vernachlässigte Sozial- und Bildungspolitik verantwortlich. Es ist ebenso eine Fiktion, dass Migration ohne die Preisgabe grundlegender demokratischer Prinzipien aufzuhalten wäre. Fluchtgründe wie Armut, Ausbeutung und Kriege verschwinden nicht, wenn Menschen in Deutschland möglichst unwürdig behandelt werden.

Die Angriffe auf Rechte und Leben von Menschen auf der Flucht sind auch ein Angriff auf ein Europa, welches aus den Trümmern des letzten rassistischen und antisemitischen Wahns gelernt zu haben vorgibt. Auch wenn es die Europäische Kommission so vielleicht nicht meint: Das „neue Europa“, das in der GEAS-Reform zum Ausdruck kommt, ebnet den Weg für ein rechtes Projekt.

Raus aus der Sprachlosigkeit – unsere Solidarität ist unteilbar

Die Sprachlosigkeit der gesellschaftlichen Linken ist auch ein Ausdruck eigener mangelnder Antworten und zunehmender Verunsicherung im Laufe der Covid-19-Gesundheitskrise und der nach Europa heranrückenden Kriege. Auch das Beben des Nahost-Konflikts reicht weit in linke Bewegungen in Deutschland hinein.

Spaltungen und Entsolidarisierung mit den von Rassismus und von Antisemitismus betroffenen Menschen vertiefen sich derzeit. Dies verhindert eine entschlossene Anteilnahme mit allen Opfern, deren Leid nicht gegeneinander ausgespielt werden darf. Jüdisches Leben in Deutschland muss geschützt werden – doch Antisemitismus bleibt vor allem ein deutsches und kein migrantisches Problem. Antisemitismus und Rassismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden oder als Rechtfertigung für rassistische Ausgrenzungs- und Abschiebungspolitiken herangezogen werden.

Nun heißt es gemeinsam zu mobilisieren. Mit einem langen Atem.

Den vollständigen Text des hier gekürzt abgedruckten Statements, das neben medico unter anderem das Netzwerk kritnet, die Seenotrettungsorganisation Sea Watch, die Seebücke-Bewegung und das We'll come united-Netzwerk unterzeichnet haben, finden Sie unter www.medico.de/sonntagsrede



Projekte Projektionen

Lokale Widerstände

Agrarökologie und Solidarität in der Peripherie von Rio

In der Peripherie von Rio de Janeiro spitzen sich die extremen Gegensätze und Ungleichheiten der brasilianischen Gesellschaft zu. Gewalt ist allgegenwärtig, Stadtteile leiden unter der Herrschaft von Drogengangs und brutalen Großeinheiten militarisierter Polizeieinheiten. Bewaffnete Milizen erpressen Schutzgelder, heizen durch Vertreibung Immobiliengeschäfte an und kontrollieren zahlreiche Lebensbereiche. Inmitten dieses fatalen Umfelds haben drei lokale, von afrobrasilianischen Frauen getragene Basisinitiativen kollektive Formen des Widerstands entwickelt. In ihren Gemeinden betreiben sie als urbane Bäuerinnen die agrarökologische Produktion von Lebens- und Heilmitteln – zur Förderung einer Solidarwirtschaft, zur Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung sowie zur Stärkung des sozialen und solidarischen Zusammenhalts in einer brutalisierten Lebenswirklichkeit. medico unterstützt sie dabei.

Foto: medico



Eine Oase in der Favela

Spendenstichwort: Brasilien

Räume verteidigen

Transnationaler Workshop für
Menschenrechtsakteur:innen

Vielorts steht die Verteidigung von Menschenrechten unter Druck. Immer mehr Partnerorganisationen von medico sind mit einer fast normalisierten Straflosigkeit, einer Aushöhlung oder Zerstörung von (menschens-)rechtsbasierten Räumen sowie anhaltender Gewalt konfrontiert. Zugleich mobilisieren autoritäre und rechte Tendenzen neue Ressentiments und Spaltungen. Diese Entwicklungen drängen betroffene Organisationen in die Defensive. Sie lassen Individuen und Kollektive ohnmächtig und erschöpft, aber auch wütend zurück. Vor diesem Hintergrund organisierte medico ein transnationales Treffen. Im Oktober kamen Partner:innen aus Afghanistan, Guatemala, Nicaragua, Mexiko, Nordsyrien, Libanon, Südafrika und Deutschland in Berlin zu einem viertägigen Erfahrungsaustausch zusammen. Im geschützten Raum ging es darum, gemeinsam Handlungsmöglichkeiten und Strategien aus einer politischen, aber auch aus einer psychosozialen Perspektive zu reflektieren. Schwerpunkte waren die praktischen Erfahrungen in der Mobilisierung und dem Schutz von Aktivist:innen bei Demonstrationen, die kollektiv organisierte, psychosoziale Begleitung von Menschenrechtsorganisationen, die Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen sowie die Zusammenarbeit mit sowie anwaltliche Vertretung von Opfern und Betroffenen. Der Workshop war ein Anfang, Fortsetzung folgt.

Spendenstichwort: Menschenrechte



Wiederkehrende Zerstörung

Doppelt bedroht

Philippinen: Zwischen Klimakatastrophe und Autoritarismus

Der Einsatz der medico-Partner:innen des Netzwerkes Samahang Operasyong Sagip (SOS) auf den Philippinen zur Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit für alle ist gleich doppelt bedroht. Zum einen ist das Land schon heute den Folgen der Klimakrise massiv ausgesetzt. Allein seit 2018 haben 20 schwere Taifune Verwüstungen angerichtet, zuletzt Anfang September. Die Katastrophenvorsorge und die Nothilfe von SOS an der Seite der armen Bevölkerung, aber auch die politische Arbeit gegen die strukturellen Ursachen von Armut wird durch immer häufigere Extremwetterereignisse herausgefordert. Zum anderen verkleinern sich auch auf den Philippinen die Räume für kritisches, zivilgesellschaftliches Engagement seit der Wahl von Marcos Jr., dem Sohn des ehemaligen Diktators, stetig weiter. Organisationen werden verboten, Aktivist:innen eingeschüchtert, rechtswidrig verhaftet, entführt oder sogar ermordet. SOS muss tagtäglich darum kämpfen, die Arbeit überhaupt fortführen zu können. In dieser Situation steht medico an ihrer Seite und unterstützt nicht nur ihre politischen Kämpfe und Nothilfeaktivitäten, sondern auch ihren Schutz und die Verteidigung zivilgesellschaftlicher Räume.

Spendenstichwort: Nothilfe



Frantz Fanon gewarnt

Kolonialismus und Apartheid sind zwar offiziell vorbei, doch die Entkolonisierung der Welt hat erst begonnen. Ein Schwerpunkt zu längst nicht vergangenen und gegenwärtigen Kämpfen - in Zeiten schwindender westlicher Hegemonie.

on hatte



peace first.

New South Africa



Anlässlich der Umbrüche Anfang der 1990er-Jahre erstellte medico die Fotoausstellung „Auf der Suche nach dem neuen Südafrika“. Dieses Bild thematisiert den „Kurswechsel“ von Unternehmen, die eben noch mit der Apartheid Geschäfte gemacht haben: Auf dem Plakat dient sich der Shell-Konzern mit einem Widerstandsmotiv dem ANC und den neuen Zeiten an.

Vor 75 Jahren wurde in Südafrika das Apartheid-System eingeführt. Über die lange Geschichte des Widerstandes und der medico-Arbeit

Von Usche Merk

„Beim Protest ist Südafrika Weltmeister“, sagt Omhle Ntshingila vom Netzwerk Right2Protest, die ich im Zuge meiner Dienstreise im August in Johannesburg treffe. „Jährlich gibt es rund 9.000 Aktionen. Aber so sehr wir das Recht auf Protest mit unserer demokratischen Verfassung vor fast 30 Jahren erkämpft haben: Proteste werden immer mehr verfolgt und unterdrückt.“ Omhle betreut die Hotline für verfolgte Aktivist:innen und reicht mir einen Bericht mit dem Titel „Verfolgungserfahrungen von Aktivist:innen in Südafrika“. In dem Vorwort von S’bu Zikode, Präsident der Landlosenbewegung Abahlali baseMjondolo, schreibt er: „Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Apartheid werden Millionen von armen Menschen weiterhin unterdrückt. [...] Unterdrückung bedeutet auch, dass von uns erwartet wird, dass wir in den dunklen Ecken der Gesellschaft bleiben, während andere für uns entscheiden. Wenn wir die materiellen Bedingungen unserer Unterdrückung infrage stellen, indem wir Land besetzen, Häuser, Hallen, Krippen und Gärten bauen und Besetzungen zu Kommunen entwickeln, stoßen wir auf Repression, auf Gewalt seitens des Staates und der herrschenden Partei, die einst eine Befreiungsbewegung war. Aber wir sind nicht das einzige Land, das diesen Schock erleidet. Frantz Fanon hat uns davor gewarnt.“

Ich hatte Zikode einige Tage zuvor getroffen. Dabei erzählte er mir, wie brutal gegen ihre Bewegung vorgegangen wird. 24 Führungspersonen seien in den letzten zehn Jahren Attentaten zum Opfer gefallen. „Unsere Bewegung bewegt sich von Begräbnis zu Begräbnis.“ Ich bin verstört, heute Berichte zu lesen und zu hören, die mich an Erfahrungen aus dem Jahr 1986, zu Zeiten der Apartheid, erinnern, als ich zum ersten Mal in Südafrika war. Wie kommt es, dass sich diese gewaltsamen Strukturen extremer Ungleichheit und Unterdrückung immer wieder reproduzieren?

Die Geburt der Apartheid

Das System der Apartheid wurde 1948 – vor genau 75 Jahren – von der burischen Nationalpartei in Südafrika eingeführt, just in dem Jahr, in dem die UN die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschloss. Südafrika sah sich gleichwohl als Teil des Westens und wurde auch als solcher behandelt. Es gab enge Geschäftsbeziehungen mit europäischen Ländern. Apartheid, das war die legalistische Erfindung einer rassistischen Raumordnungs- und Ausgrenzungspolitik, die unter dem Slogan „Separate but equal“ strukturelle Gewalt und rassistische Herrschaft durch mehr als eintau-



Alle Fotos: medico

Mit der Khulumani Support Group kooperierte medico ab Mitte der 1990er-Jahre sowohl bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen als auch bei der wegweisenden Klage gegen Profiteure der Apartheid, darunter deutsche Unternehmen wie Daimler, IBM und Rheinmetall.

send Gesetze absicherte. Vor dem Hintergrund einer durch Kolonialismus und Versklavung entstandenen Siedlerökonomie, die für den Bergbau und die kommerzielle Landwirtschaft massenweise billige Arbeitskräfte verlangte, wurde ein komplexes System rassifizierter, hierarchisch geordneter „Identitäten“ geschaffen, denen eigene Territorien zugewiesen wurden.

Mehr als 3,5 Millionen Menschen wurden zwangsumgesiedelt, ihres Landes und Eigentums beraubt. Sie wurden in lagerähnliche, militärisch bewachte und weit außerhalb des Stadtzentrums liegende Townships oder abgelegene „Homelands“ gezwungen. Mit Hilfe komplizierter Passsysteme und dem Entzug der Staatsangehörigkeit wurde die Schwarze Mehrheit zu Migrant:innen im eigenen Land gemacht, die für die Arbeit und den Aufenthalt im „weißen“ Südafrika Erlaubnisscheine brauchte. Zur psychologischen Kontrolle wurden Instrumente der „Petty Apartheid“ eingeführt. Diese reichten von der „Bantu Education“, einem ausgefeilten Bildungscurriculum zur Verhinderung der intellektuellen Entwicklung von Schwarzen Kindern, über getrennte Eingänge zu öffentlichen Einrichtungen bis zu einer Medien-, Kultur- und Propagandapolitik, die eine normalisierte Apartheid des Alltags schuf, die nicht hinterfragt, ja nicht einmal wahrgenommen

werden sollte. Hendrik Verwoerd, der „Erfinder“ der Apartheid, war Psychologe und 1927 als Forscher am Leipziger Institut von Wilhelm Wundt tätig, wo Konzepte der „Völkerpsychologie“ und Psychotechnologie zur Verhaltenssteuerung entwickelt wurden.

Widerstand von Anfang an

Von Beginn an gab es Widerstand gegen die Apartheid. Anfangs war er von Gandhis Strategie des gewaltfreien Widerstands geprägt. Infolge des Sharpeville-Massakers begannen die Befreiungsbewegungen ANC und PAC ab den 1960er-Jahren auch einen militärischen Flügel zu organisieren. Doch bald wurden ihre Führungspersonen verhaftet und die Bewegungen ins Exil gezwungen. Die Proteste der Schüler:innen ab 1977 schufen jedoch eine neue Generation von Aktivist:innen. Sie waren von den Ideen der Black-Consciousness-Bewegung beeinflusst, deren zentraler Slogan von Steve Biko die psychologische Ebene der Herrschaft in den Blick nahm: „Die stärkste Waffe in den Händen des Unterdrückers ist das Bewusstsein des Unterdrückten.“

In dieser Zeit begann medico mit der Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes,



zunächst über die Exilstrukturen in Tansania, ab Mitte der 1980er-Jahre auch im Land selbst. Als ich 1989 bei *medico* anfang, engagierten wir uns in einem NGO-Netzwerk, in dem südafrikanische und europäische Anti-Apartheid-Aktivist:innen zusammenarbeiteten. Durch die Aufstände in Südafrika wurden auch die Proteste in Europa stärker und Forderungen nach Wirtschaftssanktionen lauter. Trotz großer Mobilisierungen hielten vor allem die Bundesrepublik und Großbritannien die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika aufrecht. Die Europäische Kommission sah sich immerhin gezwungen, ein Hilfsprogramm aufzulegen, das sogenannte „Special Programme for the Victims of Apartheid“, damals das größte Überseeprogramm der Europäischen Gemeinschaft.

Sofort entwickelten die südafrikanischen Aktivist:innen Strategien, um zu verhindern, dass die Gelder in falsche Hände gerieten: in Infrastrukturen der Apartheid oder konservative schwarze Strukturen, die das Regime als Teil seiner Teile-und-herrsche-Strategie aufbaute. Also wurde in Südafrika der Kagiso Trust gegründet, in Europa schlossen sich progressive NGOs zum Konsortium SANAM zusammen. Daneben gab es ähnliche Zusammenschlüsse der Kirchenverbände. Die Südafrikaner:innen bestanden darauf, dass die gesamten Mittel

der EU ausschließlich über diese Strukturen nach Südafrika gelangen – mit Erfolg.

In diesem Kagiso-SANAM-Netzwerk unterstützte *medico* alle gesundheitsbezogenen Projekte. So konnten wir erhebliche Summen in viele Organisationen von Gesundheitsaktivist:innen vermitteln. Zum Beispiel gab es ein landesweites Netz von medizinischer Nothilfe für verletzte Aktivist:innen und von oppositionellen Psycholog:innen, die therapeutische Hilfe für Haftentlassene und gefolterte Aktivist:innen anboten. Weiter gab es selbstorganisierte Community Clinics, in denen Community Health Worker und aktivistische Ärzt:innen partizipative Formen der gesundheitlichen Versorgung erprobten. Und es gab Kämpfe gegen gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen, nicht zuletzt bei Firmen wie Bayer oder VW. Aus all diesen Initiativen und Kämpfen entstand das National Progressive Primary Health Care Network, das später Grundlagen für die Ideen eines Post-Apartheid-Gesundheitssystems entwickelte.

Die beste Verfassung der Welt

Nach langen und zähen Verhandlungen zwischen dem Apartheid-Regime und dem ANC



Der Kreislauf aus politischer Gewalt, Ausgrenzung und HIV/AIDS forderte in Südafrika Hunderttausende Opfer. Die Partnerorganisation Sinani interveniert seit Anfang der 2000er-Jahre in den am stärksten betroffenen Communities. Mit langjähriger Unterstützung von medico setzte sich das Children's Resource Centre für die Selbstermächtigung von Kindern und Jugendlichen ein.

gelang es schließlich, eine Vereinbarung über den Übergang der Macht und die Schaffung einer neuen Verfassung zu erzielen. Sie wurden von massiven Gewaltexzessen begleitet, die durch verdeckte Milizen des Regimes angestiftet wurden und Zugeständnisse des ANC erzwangen. Als 1994 tatsächlich eine neue, demokratisch gewählte Regierung mit Nelson Mandela als Präsident an die Macht kam, war der Streit über die Post-Apartheid längst entbrannt. Geht es lediglich um eine formale Abschaffung der Apartheid-Gesetze? Oder sollten weitreichendere ökonomische, soziale, politische, auch psychologische Veränderungen durchgesetzt werden? War es Zeit für eine entkolonisierte, nicht kapitalistisch organisierte Gesellschaft, die das Konzept „race“ radikal überwindet? Oder würde sich die Veränderung darauf beschränken, dass, wie 1991 im medico-rundschreiben befürchtet, die Ungleichheit nun „über die Ökonomie geregelt“ würde, „zwischen Arm und Reich, wobei durchaus auch einige Weiße arm und womöglich so mancher Schwarze reich werden könnte“?

Zum Kristallisationspunkt wurde die Ausarbeitung einer neuen Verfassung: Alle politischen Ideen und Ansprüche, die in den jahrzehntelangen Kämpfen entwickelt worden waren, sollten darin festgeschrieben werden – auf

dass sie nie wieder verloren gehen würden. Am 4. Dezember 1996 wurde die neue Verfassung verabschiedet. Bis heute gilt sie als eine der progressivsten der Welt. Im gleichen Jahr wurde allerdings auch das neue Wirtschaftsprogramm GEAR eingeführt. Anders als in den ersten zwei Jahren der Mandela-Regierung lag der Fokus nun nicht mehr auf der Umverteilung von oben nach unten. Stattdessen wurde ein radikal neoliberales Konzept aufgesetzt. Schon gleich nach der Ankündigung gab es scharfe Kritik daran. medico unterstützte damals den Aufbau des Alternative Information and Development Centre (AIDC), das zu einer zentralen Stimme der Kritik an dieser fatalen Wirtschaftspolitik werden sollte.

Wahrheit und Gerechtigkeit

1995 begann auch ein anderer wichtiger Prozess: die Truth and Reconciliation Commission (TRC) nahm die Arbeit auf. In den Verhandlungen mit dem alten Regime hatte der ANC Kompromisse eingehen müssen. So blieben Eigentumsverhältnisse unangetastet, aber auch Menschenrechtsverbrechen sollten amnestiert werden. Um umgekehrt eine Generalamnestie zu verhindern, setzte der ANC ein öffentliches Verfahren durch: Nur auf Antrag und



nach Offenlegung der ganzen Wahrheit konnten Täter amnestiert werden. Eben hierfür wurde die Wahrheits- und Versöhnungskommission geschaffen. Mit ihr entstand auch ein Forum, vor dem Opfer politischer Gewalt zwischen 1960 und 1994 Zeugnis ablegen konnten.

Um sich für die Aussagen vorzubereiten und gegenseitig zu unterstützen, gründeten einige Opfer eine Selbsthilfegruppe, die Khulumani Support Group. Diese sollte, mehr als 20 Jahre von medico unterstützt, zu einer Bewegung von über 100.000 Mitgliedern werden. Ihr Einsatz war auch deshalb so notwendig, weil der als „Versöhnung“ deklarierte Prozess viele Leerstellen aufwies. Ein kurzes Zeitfenster schloss Zehntausende aus, die keine Eingaben mehr machen konnten, aber auch das enge Mandat, das die systemischen Apartheid-Verbrechen wie Zwangsumsiedlungen gar nicht thematisierte. Selbst für anerkannte Fälle von Folter und Mord blieben Entschädigungen aus oder fielen beschämend niedrig aus. „Niemand soll denken, dass jetzt alles in Ordnung sei, weil es eine Wahrheitskommission gab. Wir haben noch einen langen Weg vor uns“, erklärte die Khulumani-Koordinatorin Ntombi Mosikare schon damals.

Profiteure und Entschädigung

Wichtig war Khulumani auch dabei, internationale Profiteure der Apartheid zur Verantwortung zu ziehen. 2002 reichte Khulumani mit Unterstützung medicos vor einem New Yorker Gericht Entschädigungsklage gegen acht solcher Firmen ein, darunter Daimler, IBM und Rheinmetall. Über zehn Jahre organisierte medico in Allianzen Kampagnen zur Unterstützung der Klage. Es war politische und juristische Pionierarbeit, denn niemals zuvor waren Unternehmen dafür haftbar gemacht worden, auf der Basis von Menschenrechtsverletzungen Profite erzielt zu haben. Juristisch wurde die Klage nicht gewonnen. Dass sie aber zugelassen worden war, eine große internationale Öffentlichkeit erreichte und der Kampf um Rechenschaftspflichten von Unternehmen in zahlreichen anderen Fällen fortgesetzt wurde, war ein großer Erfolg.

Und als ob die Aufarbeitung jahrhundertelanger Gewalt und der gravierenden neoliberalen Umwälzungen nicht genug gewesen wäre, traf Ende der 1990er-Jahre die HIV-AIDS-Krise Südafrika so heftig wie kaum ein anderes Land. Millionen Menschen infizierten sich, Hunderttausende Menschen, vor allem jüngere zwischen 30 und 50 Jahren, starben. Das lag auch daran,



Fotos: Eric Miller

In einem „geplünderten Staat“ samt neoliberal verwüstetem Gesundheitssystem war es an Zehntausenden extrem prekariert arbeitenden Community Health Workern, eine Basisversorgung aufrechtzuerhalten. Ab 2014 unterstützte ein Netzwerk aus mehreren Partnerorganisationen die Kämpfe der Gesundheitsarbeiter:innen um Anerkennung und Absicherung, mit beachtlichen Erfolgen. Inzwischen geht es um den Aufbau einer landesweiten Gesundheitsbewegung.

dass antiretrovirale Medikamente, wenn sie denn entwickelt waren, nicht zugänglich waren. Die Profitinteressen der Pharmaindustrie gingen vor. Die Dramatik der Krise lag aber auch an der Haltung der politischen Führung während der Mbeki-Präsidentschaft, die das HI-Virus strikt leugnete. Es war hartnäckigen landesweiten Kämpfen der Gesundheitsbewegung Treatment Action Campaign zu verdanken, dass es ab 2009 einen flächendeckenden Zugang zu antiretroviralen Medikamenten gab. medico-Projektpartner wie Sinani – KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence unterstützten diese Kämpfe durch Präventionsarbeit in den am stärksten betroffenen Communities, die zu meist arm und von Gewalt geprägt waren. Mit Unterstützung von medico und der Adaption eines brasilianischen Konzepts entwickelte Sinani ein innovatives Programm für junge Männer, um den fatalen patriarchal-kapitalistisch-rassistischen Nexus von Armut, Gewalt und HIV/AIDS zu durchbrechen.

Die HIV/AIDS-Krise hatte auch zur Folge, dass ab Mitte der 2000er-Jahre fast 70.000 Community Health Worker (CHW) mit prekären Verträgen in den Communities tätig waren. Die Gemeindegesundheitsarbeiter:innen überwachten die Medikamentenausgabe und betreuten die Schwerkranken. Sie stopften damit die Lücken

des öffentlichen Gesundheitssystems, die während der Präsidentschaft Jacob Zumas zwischen 2009 und 2018 durch eine radikal neoliberale Politik der Privatisierung, der Budgetkürzungen und des Outsourcings immer klaffender wurden.

„Talk left and walk right“ lässt sich die Praxis dieser neuen Eliten nennen, die sich im Gesundheitssystem sinnbildlich zeigte. Sie plünderten staatliche Ressourcen und Infrastrukturen systematisch aus. Politische und ethische Werte erodierte und erst nach zivilgesellschaftlichen Kämpfen, insbesondere von mutigen Journalist:innen und Menschenrechtsanwält:innen, gelang es, die Mächtigkeiten aufzudecken und die Zuma-Clique von der Macht zu vertreiben. Der medico-Projektpartner section 27 war daran ebenso beteiligt wie viele der alten und neuen Partner:innen, die sich trotz massiver Bedrohung gegen die vollständige Enteignung der Post-Apartheid stemmten. Doch die Folgen dieser politischen und ökonomischen Korruption leben weiter fort.

Ab 2014 unterstützte medico eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Partner:innen, um die Selbstorganisation der Community Health Worker zu stärken, die sich gegen die fortgesetzte extreme Ausbeutung und die mangelnde



Anerkennung der von ihnen geleisteten Arbeit wehrten. In dieser Abwertung kulminierte die neoliberal-patriarchale und rassistische Hierarchie, die arme Schwarze Frauen in marginalisierten Gemeinden dazu zwang, die gesundheitlichen Folgen der Verelendung, Gewalt und staatlichen Ausplünderung aufzufangen. Im Laufe von mehreren Jahren wurden die Forderungen der Community Health Worker unüberhörbar. 2020 gelang dann in der Provinz Gauteng vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ein Durchbruch: Rund 6.000 Community Health Worker wurden als Festangestellte in das Gesundheitssystem integriert. Dieser Erfolg wurde zum landesweiten Signal. Auf meiner Reise treffe ich die Lawyers for Human Rights, die von Tausenden Community Health Workern mandatiert wurden, mit einer Klage dieselben Bedingungen für alle durchzusetzen. Darüber hinaus versuchen sie, eine lokal verankerte, aber national vernetzte Gesundheitsbewegung aufzubauen, um das in der Verfassung verankerte Recht auf Gesundheit umfassend zu verwirklichen.

Aufstand gegen die Post-Apartheid

Ob und wie das Post-Apartheid-Projekt gescheitert ist, war die zentrale Frage der neuen Stu-

dierendenbewegung, die 2015 aufkam. Unter dem Slogan „fees must fall“ forderte sie nicht nur kostenlose Bildung, sondern auch dekoloniale, antipatriarchale, antirassistische und anti-kapitalistische Inhalte. Die junge Generation der „born free“, also der nach 1994 Geborenen, stellte die Post-Apartheid-Narrative radikal infrage – die Rede von der „Rainbow Nation“, von Wahrheit und Versöhnung, von Mandela und dem ANC als Befreier. Sie pochten auf den Zusammenhang der aktuellen Probleme des Landes mit der langen Geschichte der Apartheid, von Kolonialismus und Versklavung und der neoliberalen Hegemonie. Auf den Punkt gebracht: Sie bezeichneten die Post-Apartheid als neue Apartheid. Junge Frauen wie Omhle Ntshingila krepelten mit einer Explosion kluger Analysen, Protestaktionen und kreativen Ideen die Diskurse um. Obwohl die Strukturen des Aufstands mit repressiven Mitteln letztlich zerstört wurden: Die Kühnheit der Bewegung, ihre Bezüge zu anderen intersektionalen Kämpfen und die Wiederentdeckung alter Bewegungen wie Black Consciousness, Frantz Fanon oder des Combahee River Collectives strahlten weit über Südafrika hinaus und beeinflussten auch die Black-Lives-Matter-Bewegung.

Auf meiner Reise durch das heutige Südafrika war die Frage allgegenwärtig, ob und wie die



Fotos: Grant Williams

In der Corona-Pandemie wiederholte sich eine „Profite-first“-Erfahrung aus der HIV/AIDS-Krise: Diesmal waren es Impfstoffe, die im Globalen Norden, nicht aber im Süden allgemein zugänglich waren. Das People's Health Movement und viele andere forderten Solidarität ein. Gleichzeitig setzt sich die junge Generation für wirkliche Gerechtigkeit und ein neues Denken ein: „Undoing Apartheid“. Darum geht es auch bei den sehr gut besuchten Performances des Ukwanda Puppets and Design Art Collective im neuen Greatmore Humanities Hub.

Versprechen der Verfassung angesichts der anhaltenden systemischen Gewalt und eklatanten Ungleichheit erkämpft und umgesetzt werden könnten. „Undoing Apartheid“, sagt Premesh Lalu vom Centre for Humanities Research, den ich in Kapstadt treffe, „meint weit mehr als die Streichung von Gesetzen und den Austausch von Eliten.“ Jahrhunderte von Gewaltherrschaft und Kapitalismus auf der Basis hochmütiger rassistischer europäischer Ideen hätten tiefe Wunden geschlagen und gelebte Erfahrungen von „race“ auf eine Weise normalisiert, dass sie die sinnlichen Wahrnehmungen veränderten. Er fordert intellektuelle und kreative Anstrengungen, um überhaupt eine Realität jenseits der Matrix Apartheid und der gelebten Normalität imaginier- und sprechbar machen zu können.

Was er damit meint, zeigen mir die jungen Künstler:innen von Ukwanda, die ein kulturelles Labor aufgebaut haben, durch ihre neuesten Objekte: Es sind außergewöhnliche Puppenfiguren, mit denen sie utopische Ideen in Bilder und Szenen umsetzen – „undoing Apartheid“. Die verflochtenen kolonialen Geschichten, die sinnenstellenden Spuren der jahrhundertelangen Ausgrenzungs- und Gewaltgeschichte, die Europa mit der Welt verbindet, reichen weit über Südafrika hinaus direkt in unsere gelebte Normalität, die erneut brutale Systeme rassisti-

scher Ausgrenzung und Abschottung erfindet. „Undoing Apartheid“ muss hier beginnen.



Usche Merk ist über ihre Aktivitäten in der Anti-Apartheid-Bewegung zu medico gestoßen. Seit 1989 ist sie neben ihrer Verantwortung für die psychosoziale Arbeit für die Kooperation mit Partner:innen vor allem in Südafrika zuständig. Sie hat in der Region gelebt und sie immer wieder, zuletzt im Sommer 2023, besucht und enge solidarische Verbindungen zu vielen Organisationen und Menschen geschaffen.

Die medico-Partnerarbeit hat eine lange Kontinuität in Südafrika. Bis heute fördern wir Partner:innen wie Sinani, die in marginalisierten Communities zu den psychosozialen Folgen von politischer Gewalt, Ungleichheit und Ausbeutung sowie HIV/AIDS arbeiten. Gegen patriarchale Gewalt und xenophobe Angriffe auf Migrant:innen engagieren sich z.B. Sophiatown Community Psychological Services, Phephisa und Africa Revival Foundation.

Spendenstichwort: Südafrika

BRICS meets Dekolonisierung

Der Kampf um Macht und Einfluss in Afrika hat sich erneut globalisiert. Ist das auch eine Chance für den Kontinent?

Von Boniface Mabanza Bambu

In seinem 2018 erschienenen Artikel spricht David Pilling vom „New Scramble for Africa“. Scramble, auf Deutsch „Gerangel“ oder „Gedränge“, ist ein Narrativ, das im Zusammenhang mit dem afrikanischen Kontinent eine gewisse Tradition vorzuweisen hat. Die aktuelle Phase wäre im Werdegang des Kontinents der dritte Scramble. Die erste Phase fand ihren Höhepunkt mit der Berliner Konferenz 1884/85, als europäische Mächte sich Afrika für die Errichtung von Kolonien, Protektoraten und Freihandelszonen aufteilten. Die zweite Phase vollzog sich im Kontext der aus der Perspektive der Großmächte als Kalter Krieg bekannten Periode. Auch hier etablierten die beiden konkurrierenden Blöcke Einflussssphären, die sie dank Diplomatie, Entwicklungshilfe oder sogar Kriegsführung zu verteidigen oder auszudehnen versuchten. Sowohl die erste als auch die zweite Phase des Wettlaufs um Afrika drücken den Wirklichkeiten auf dem Kontinent noch heute ihren jeweiligen Stempel auf. Sie bilden den Hintergrund der aktuellen Phase, in der laut Pilling „eine neue Gruppe externer Mächte – von China bis Brasilien und von Russland bis zur Türkei – dabei ist, sich einen kommerziellen und strategischen Vorteil auf einem riesigen Kontinent zu ver-

schaffen, der bis vor kurzem von den ehemaligen europäischen Kolonialmächten und den USA beherrscht wurde“.

Sitzt Afrika am Verhandlungstisch?

China und Russland als Teil der Sowjetunion mischten bereits in der zweiten Phase mit. Nun scheint es, dass sie entschlossen sind, westlichen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent Konkurrenz in Bereichen zu machen, in denen deren Einfluss bis vor kurzem fast unangetastet war. Bis zu Beginn des Aggressionskrieges Russlands gegen die Ukraine schien es, als ob in dieser neuen Phase der Fokus allein auf ökonomischer Dominanz liegen würde. Seither aber haben sich die geopolitischen und geostrategischen Spannungen wieder verschärft. Eine neue Militarisierung des afrikanischen Kontinents ist in Gang, verbunden mit dem Anspruch, wichtige Infrastrukturen des Kontinents zu kontrollieren und sich durch gezielte Investitionen den Zugang zu wertvollen und strategischen Ressourcen des Kontinents zu sichern. Wie positioniert sich Afrika selbst in dieser immer größer werdenden Konkurrenz der Groß-



Foto: Reuters/Philimon Bulawayo

Abbau von begehrten Rohstoffen: Eine Lithium-Mine in Goromonzi, Simbabwe

mächte um knappe Ressourcen und Einfluss-sphären? Welche Chancen und Risiken ergeben sich daraus für die afrikanischen Länder? Wessen bedarf es, damit der Kontinent nicht zur Spielwiese reduziert wird? Und von welchem Afrika ist eigentlich die Rede?

Für den in allen Regionen Afrikas sehr populären Intellektuellen und Panafricanisten PLO Lumumba aus Kenia scheint die Diagnose klar zu sein: „Africa is on dinner table eaten by Superpowers.“ Die Formel, dass Afrika als Steak, Suppe oder was auch immer auf dem Menü steht, aber nicht mit am Verhandlungstisch sitzt, ist griffig und mobilisierend. Die Wirklichkeit aber ist komplexer. So scheint jede Großmacht eine eigene Afrika-Strategie zu haben, die auf öffentlichkeitswirksam organisierten Afrika-Gipfeln und ähnlichen Foren durch die Welt getra-

gen werden. Solche Afrika-Gipfel, bei denen auf der einen Seite Japan, Russland, China, die USA, Frankreich, Großbritannien oder Deutschland und auf der anderen Seite fast alle afrikanischen Länder stehen, werden von immer mehr intellektuellen und aktivistischen Kreisen in Afrika als Beleidigung empfunden. Aus der Erfahrung, dass der beschworene Aufschwung selten Wirklichkeit geworden ist, ziehen sie die Erkenntnis, dass kein Land der Welt ein Konzept anbieten kann, das für alle Länder des Kontinents passend und konsistent ist. Mehr noch: Die Versprechen der einladenden Mächte und die Verteilung von Almosen verschärft noch die Spaltungen innerhalb des Kontinents – Spaltungen, die dann für die Umsetzung geostrategischer und ökonomischer Interessen genutzt werden.

Insofern sitzt Afrika sehr wohl am Verhandlungstisch. Es ist aber das Afrika der Eliten, die durch Pakte mit den außerafrikanischen Partnern ihre Macht und den Zugang zu Luxuskonsumgütern sichern. Dafür opfern sie die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten, jener Menschen, die in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor, als Kleinschürfer:innen und informelle Händler:innen arbeiten. Doch nicht überall wird die Mehrheit gleichermaßen vergessen. Einige Länder sind ernsthaft darum bemüht, ihre internationalen Kooperationen unter der Prämisse zu diversifizieren, die eigenen Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Oft können sie ihre inklusiven Konzepte aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse und der Fragmentierung des Kontinents noch nicht durchsetzen. Umso erfreulicher ist es aber, dass sich immer mehr Menschen, auch Führungskräfte des Kontinents, dafür aussprechen, dass Afrika in den Verhandlungen mit anderen Regionen auf Synergien regionaler und kontinentaler Institutionen setzen soll. Das Bewusstsein wächst, sich der erzwungenen Konkurrenz um Almosen zu entziehen.

Zugleich gibt es Entwicklungen in Afrika, die für die Außenwelt Schockerlebnisse bewirken. Dazu gehört der Putsch im Niger, einem Land, das die EU im Allgemeinen für ihre Migrationspolitik und besonders Frankreich für seine Uranversorgung fest im Griff zu haben schienen. Dieser Putsch zeigt einmal mehr, dass die Ansätze der EU und ihrer Mitgliedsstaaten auf Fehleinschätzungen beruhen. Es bleibt offen, wie es dort weitergeht, zumal Niger sich an Burkina Faso und Mali orientiert, zwei Länder, die etwa in Sicherheitsfragen selbstbe-

Es bleibt offen, ob das BRICS-Bündnis für afrikanische Länder jenseits von Südafrika mehr diplomatisches Gewicht bekommt und ob Dynamiken rund um die Militärcoups im Niger und in Gabun nur kurzlebige Momentaufnahmen dafür sind, dass die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Welt auch in Afrika Einzug hält. Eine Frage, an der sich das zeigen wird, ist der Umgang mit dem, was afrikanische Länder, jenseits des diplomatischen Gewichtes, ins Blickfeld der Begehrlichkeiten rücken lässt: ihre Ressourcen.

Eine neue Militarisierung des Kontinents ist in Gang, verbunden mit dem Anspruch, Infrastrukturen zu kontrollieren und Zugang zu Ressourcen zu sichern.

Begehrte Ressourcen

Der afrikanische Kontinent verfügt über immense Rohstoffe, die seit der Kolonialzeit zum Treibstoff der industriellen Entwicklung der Kolonialmächte und ihrer Alliierten wurden. Schwellenländer wie China und Brasilien haben die Konkurrenz um die Kontrolle dieser Ressourcen neu entfacht, zumal Afrika über viele eben jener Rohstoffe verfügt, die für die angestrebte Energiewende unerlässlich sind. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Länder des Kontinents von der gestiegenen Nachfrage und der Konkurrenz der Großmächte automatisch profitieren. Es wäre nicht das erste Mal, dass der Rohstoffsegen zu negativen Folgen wie Verschuldung, Umweltbelastungen und sozialer Spaltung führen. Entscheidend sind die Rahmenbedingungen, unter denen der Zugang zu, Kontrolle von und Handel mit diesen Ressourcen stattfinden.

wusst neue Wege gehen. Für Erschütterung sorgte aber vor allem der 15. BRICS-Gipfel in Südafrika im August. Dieser hat deutlich gezeigt, dass sich viele afrikanische Länder dem Bündnis von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika annähern wollen. So wurde in Johannesburg die Erweiterung zu „BRICS plus“ verkündet, dem neben Argentinien, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auch Ägypten und Äthiopien angehören werden. Unter den weiteren Bewerbern sind Algerien, Nigeria und der Senegal. Das Bündnis behauptet von sich, in einem von geopolitischen Spannungen, Ungleichheit und Unsicherheit geprägten Kontext eine Führungsrolle übernehmen zu wollen und positioniert sich zunehmend als Alternative zu der von den USA und seinen Alliierten dominierten Weltordnung.

Als ab 2001 die Preise für Metalle, Energie und landwirtschaftliche Produkte stiegen, gingen viele optimistisch davon aus, dass nun die Stunde der rohstoffreichen Länder geschlagen hat. Die Erwartung, dass der Boom zu einer grundlegenden und nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung beitragen würde, hat sich jedoch als Wunschden-

ken entpuppt. In der Fachliteratur wird längst aus gutem Grund über den „Fluch des Reichtums“ oder das „Paradox des Überflusses“ diskutiert. Am häufigsten werden die unausgewogenen Verträge thematisiert, die den Bergbaukonzernen große Gewinne bescheren und ihnen sogar Möglichkeiten einräumen, diese ungehindert zu repatriieren. In den Abbau-Ländern zahlen die Unternehmen kaum oder wenig Steuern. Aufgrund der Niedriglöhne gelingt es der Rohstoffindustrie in der Regel nicht einmal, die in den Minen Beschäftigten aus der Armut zu holen. Leidtragende des Bergbausektors sind vor allem Gemeinschaften um die Minen herum, die mit Umweltverschmutzung, Atemwegserkrankungen und hohen Preisen leben müssen. Die Gewinne aus der Rohstoffökonomie wandern also ins Ausland ab. Von dem, was übrigbleibt, bereichern sich die nationalen Eliten. Selbst in Phasen des Booms hat der Rohstoffsektor nicht zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen beigetragen.

Angesichts dieser Erfahrungen besteht die Herausforderung der Zukunft darin, die Rahmenbedingungen in der Rohstoffförderung so zu gestalten, dass eine gerechte Verteilung der Gewinne, die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards, die Achtung des Mitbestimmungsrechtes der lokalen Gemeinschaften und vor allem die Verlagerung der Wertschöpfungsketten in die rohstoffreichen Länder erzwungen wird. So eine Neuausrichtung gelingt am besten mit eigenem Kapital. Dafür müssen sich afrikanische Länder selbst komplett neu ausrichten.

Selbstbestimmte Neuausrichtung

Angesichts der gestiegenen Konkurrenz zwischen den Großmächten kommt es für die Länder Afrikas darauf an, ein klares Konzept von sich selbst zu definieren und ausgehend davon, zu bestimmen, welche Art von Beziehun-

gen sie zu anderen Weltregionen brauchen, um das zu sein, was sie sein wollen. Es geht für die Länder darum, in jeder Situation die langfristigen Interessen im Blick zu behalten und die „Windows of Opportunity“ für die Einleitung substanzieller Veränderungen zu nutzen. Nur so kann es gelingen, der Gefahr einer Diversifizierung von Partnerschaften zu entkommen, die sich darauf beschränkt, eine ausländische Flagge durch eine andere unter Beibehaltung der gleichen Natur und Dynamik der Beziehungen zu ersetzen. Die Diversifizierung der Beziehungen sollte die Strukturen der Dominanz aufbrechen und so die eigenen Handlungsspielräume erweitern. Genau das meinte das Prinzip „Selective Delinking and negotiated Relinking“ des Programms „Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa“. Gemeint ist eine gezielte Abkoppelung von der globalen Ökonomie und ein neuer Anschluss unter den Bedingungen, die afrikanische Länder und Regionen mitbestimmen, um die nationale und regionale Selbstbestimmung zu gewährleisten.

Dafür bedarf es mehr als Absichtserklärungen. Es bedarf einer permanenten Dekonstruktion der kolonialen Logik, auch wenn diese einen grünen Anstrich annimmt und auch wenn diejenigen, die sie heute fortfahren wollen, keine Kolonialmächte waren. Es bedarf einer konsequenten Arbeit an konkreten Alternativen von unten, die nur in regionaler Zusammenarbeit vorangetrieben werden können. Denn längst weiß man, dass jedes der Länder des Kontinents für sich genommen zu ohnmächtig ist, um etwas ausrichten zu können.



Boniface Mabanza Bambu ist Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA). Gemeinsam mit medico organisiert er seit Jahren die Konferenz „Afrika neu denken“, die eine neue Haltung zu Afrika und Afrika-bezogenen Themen entwickeln möchte.

Aus der Welt



Foto: picture alliance/Klaus-Dietmar Gabbert

Das gestürzte Denkmal des Afrikaforschers und Kolonialbeamten Hermann von Wissmann in einer Ausstellung über deutschen Kolonialismus.

Zum Bedeutungsverlust Europas.

Ein Essay

Von Radwa Khaled-Ibrahim

Ich bin, wie viele andere in der arabischen Welt, mit den Worten des reformistischen Islamgelehrten und ägyptischen Antikolonialisten Mohamed Abdou aufgewachsen. „Ich sah Muslime ohne Islam“, schrieb er zusammenfassend über eine Reise nach Europa im Jahr 1881. Der Kontinent sei Ort der Prosperität, des guten Lebens, des „Wahren, Schönen, Guten“, ein Ort der Gerechtigkeit, wo man „Mensch“ sein könne – so wie sich Abdou die Verwirklichung des Islam vorstellte. 1882 wurde Ägypten in Folge der Niederschlagung des Orabi-Aufstandes eine britische Kolonie.

Die Beziehung zwischen Kolonisierten und Kolonisor:innen ist für beide Seiten verstörend und irritierend, sagte die ägyptische Schriftstellerin Radwa Ashour. Auch Bewunderung war und ist Teil dieser komplexen Beziehung. Eine Bewunderung des Lebens, das man selber leben will, aber nicht erreichen kann – oft wegen eben jenen, die dieses Leben leben können. Die Komplexität dieses Verhältnisses hat auch mit der Komplexität der europäischen Aufklärung zu tun. Sie hat wichtige Grundkonzepte der Freiheit, der Gleichheit und der kollektiven wie individuellen Selbstbestimmung entwickelt, doch sie hat auch eine Kehrseite. Es ist kein Zufall, dass das Zeitalter der Aufklärung auch das Zeitalter des Kolonialismus war. Denn der Kolonialismus und seine

Kontinuitäten bis in die heutige Welt beruhen nicht nur auf nackter Gewalt. Machtverhältnisse wurden und werden auch ideologisch durchgesetzt. Der britische Philosoph und Vordenker der Aufklärung John Locke hat beispielsweise eine Theorie entwickelt, um Sklaverei zu rechtfertigen, und besaß selbst Anteile an Unternehmen, die Sklavenhandel betrieben. Er war keine Ausnahme: Der Kolonialismus insgesamt stützte sich auf die aufklärerischen Ideen von Moderne, Fortschritt und (europäisch verstandener) Zivilisation, die es global zu verbreiten gelte. Das wiederum geschah im Gefolge von Gewalt und Ausbeutung.

„Großbritannien hat zwischen 1765 und 1938 umgerechnet rund 45 Billionen Dollar alleine aus Indien abgeschöpft. Die Summe entspräche heute dem 17-Fachen des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Großbritanniens“, rechnete die indische Wirtschaftswissenschaftlerin Utsa Patnaik vor. Diese Summe floss nicht nur nach Großbritannien selbst, sondern verteilte sich mit der Industrialisierung über Europa, Nordamerika und andere Siedlerkolonien. Darin lässt sich begründet eine Wurzel der ökonomischen Dominanz des Westens sehen. Während die formelle Kolonisation weitestgehend ein Ende gefunden hat, blieb die Dominanz auf wirtschaftlicher und politischer Ebene bestehen. Bis jetzt.

Angebote statt Forderungen

Die Hegemonie Europas wurde verteidigt und verfestigt. Doch sie bröckelt. Europa steht wirtschaftlich nicht mehr im Mittelpunkt der Welt und verliert an politischem Einfluss. So sagte Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbands: „Der EU-Markt verliert an Bedeutung mit jedem Tag, der anbricht. Wir sind nicht mehr so attraktiv, wie wir glauben, und wir sind nicht mehr so gut, wie wir glauben.“ Die ökonomischen Kräfteverhältnisse verschieben sich nach Osten, insbesondere in Richtung China. Viele prognostizieren eine wirtschaftliche Aufteilung der Welt in einen Ost- und einen Westblock, wobei der Westblock Wohlstandsverluste erleiden werde. Doch auch der Westen ist nicht homogen. Laut Gideon Rachman, Chefkolumnist für Außenpolitik der Financial Times, verliert Europa im Wissenschafts-, Industrie- und Energiesektor gegenüber den USA den Anschluss.

Auch politisch schwindet die Bedeutung Europas. Das liegt nicht nur daran, dass andere Mächte stärker werden und größere Handlungsmacht erringen. Es liegt auch an Veränderungen im Selbstverständnis der ehemaligen Kolonien, auf die sich Europa bislang stützte. Während afrikanische Staatsschefs regelmäßig zu Gesprächen nach Peking, Neu-Delhi, Doha und Riad reisen, muss sich Europa um Afrika als „strategischen Partner“ bemühen. Anstatt wie bislang üblich Forderungen zu stellen werden, Afrika nun Angebote gemacht. Das eröffnet den Umworbenen Spielräume. Sie können sich aussuchen, ob eine neue Bahnstrecke von chinesischen, europäischen oder japanischen Unternehmen gebaut werden soll. „Ruft nicht an – wir melden uns.“ Diese Veränderungen gehen nicht so weit, dass man sich nun auf Augenhöhe gegenüber-säße und die Dekolonisierung endlich verwirklicht wäre. Für die afrikanischen Länder sind sie nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein

Zugewinn an Handlungsräumen in einem weiterhin ungleichen Spiel.

Zum ökonomischen Bedeutungsverlust tritt die innereuropäische Schwäche. Die Krise des Liberalismus und die rasante Rechtsverschiebung werden außerhalb des Kontinents als imperiale Arroganz verstanden: Die europäischen Diskurse sind nicht mehr anschlussfähig, sie kreisen ohnehin nur um sich selbst. In den sich mehr und mehr verengenden diskursiven und politischen Räumen kommen Stimmen von außen nur vor, um vorbestimmte Positionen „des Anderen“ zu vertreten und im Zweifelsfall diskredi-

Es ist kein Zufall, dass das Zeitalter der Aufklärung auch das Zeitalter des Kolonialismus war.

tiert zu werden. Eine Auseinandersetzung, in der „die andere Stimme“ ein echtes Gegenüber wäre, in das man sich hineinversetzt, um die Welt auch aus diesen Augen zu verstehen, findet nicht statt. Die Abwendung von Europa verdankt sich nicht zuletzt den offensichtlichen Widersprüchen zwischen europäischer Moral- und Menschenrechtsrhetorik und europäischem Handeln. Ob bei der Corona-Pandemie, in der Klima- und Migrationspolitik, dem Schweigen gegenüber manchen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen sowie der Empörung gegenüber anderen – überall klafft eine gewaltige Lücke: Manche Leben zählen mehr als andere, nur manche gilt es zu retten.

Lange schien Europa von der fortschreitenden Globalisierung vorwiegend zu profitieren. In-

zwischen wird deutlich, dass die „Weltwerdung“ auch Europa fordert und trifft. Deutlich wird das in der Klimakrise, in der Europa unfreiwillig Teil einer Welt geworden ist, die leidet, überschwemmt wird oder verbrennt; einer verletzlichen Welt. Waren Krisen bislang zumindest mehr oder weniger in alte Muster integrierbar, bringt die fortschreitende Klimakatastrophe das Gefühl der Ohnmacht mit sich. Diese bringt wiederum drei Reaktionen hervor: Hilfe, Gewalt und Absurdität.

Hilfe, Gewalt und Absurdität

Zur Hilfe. Diese war, insbesondere als Entwicklungshilfe, schon oft ein Ersatz für politische und ökonomische Veränderungen. Hilfe als Pflaster, das die Not schon lange nicht mehr bedecken kann. Angesichts des immer zerstörerischen Krisengeschehens lässt sich die Ohnmacht der Hilfe nicht mehr kaschieren. Außerdem ist sie unter den sich verändernden globalen Konstellationen als Machtinstrument längst nicht mehr so effektiv, wie sie es einmal war. Es ist kein Zufall, dass die Rufe nach einer Dekolonisierung von Entwicklungszusammenarbeit und Hilfe den Mainstream erreicht haben. Gewalt ist eine Reaktion auf die Ohnmacht angesichts der Klimakatastrophe. Diejenigen, denen man nicht mehr helfen kann oder möchte – die Verdammten dieser Erde von den vergessenen Orten der Verwüstung –, versucht man mit allen Mitteln fern- und abzuhalten, notfalls mit Gewalt. Bleibt die Absurdität. Eine der Blüten: Der Weltklimagipfel, die COP 28, findet in den Vereinigten Arabischen Emiraten statt, einer der größten Ölproduzenten der Welt, und soll vom Chef der nationalen Ölgesellschaft geleitet werden.

„Fast alle etablierten Staaten sagen, dass sie sich für eine gerechtere Weltordnung einsetzen wollen. Aber in Wirklichkeit ziehen sie alle die

Zugbrücken hoch“, sagt Richard Gowan von der International Crisis Group bei den Vereinten Nationen. Der Umgang mit der Klimakatastrophe entspringt unmittelbar der dunklen Seite der Aufklärung. So handelt es sich beim europäischen Green Deal, wie der European Council for Foreign Relations beschrieben hat, vor allem um eine außenpolitische Agenda, mit dem Ziel „bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und die Transition in eine wirtschaftliche und industrielle Chance für Europa zu verwandeln“. Die ökologischen und menschlichen Kosten dieses Deals – vor allem, aber nicht nur – außerhalb Europas sind nicht von Belang. So wie die Industrialisierung für die entsprechenden Länder vernünftig war, die Kosten aber den kolonialisierten, ver-

Die europäischen Diskurse sind nicht mehr anschlussfähig, sie kreisen ohnehin nur um sich selbst.

sklavten, ausgebeuteten Menschen im Globalen Süden aufbürdete, so sind auch die Green Deals der Gegenwart vernünftig: Während die reichen Länder sich begrünen, exportieren sie die schmutzigen Produktionsabschnitte. Europa hat sich entschieden, dieselbe alte Geschichte weiterzuerzählen. Der Unterschied ist, dass die Welt nicht mehr zuhören und sich nicht mehr fügen muss.

Verpasste Möglichkeiten

So wie der Umgang des Westens mit der Corona-Pandemie eine vertane Chance war, böte auch die heraufziehende Klimakatastrophe

Gelegenheiten. Überschwemmungen infolge extremer Niederschläge im Ahrtal, in Österreich und in Griechenland ebenso wie in Pakistan und in Libyen, Trockenheiten und Dürren in Frankreich und Spanien ebenso wie in Kenia: Angesichts solcher Momente hätte Verbundenheit entstehen können. Nicht in karitativ kaschierter, eigentlich aber fortgesetzter imperialer Form einer von Europa ausgehenden Rettung der Welt, sondern als Teil, als Mitglied der Welt.

Wieder Mitglied der Welt zu werden, würde bedeuten, sich auf eine Art in die Welt zu fügen, die für alle und alles ein gutes Leben ermöglichen kann. Es würde bedeuten, die Katastro-

Während die reichen Länder sich begrünen, exportieren sie die schmutzigen Produktionsabschnitte.

phie eben nicht zu einer „wirtschaftlichen und industriellen Gelegenheit für Europa“ zu machen. Es würde bedeuten, die Geschichten der Menschen fortzuschreiben, die sich gegenseitig unterstützten, die Essen verteilten, die gemeinsam ihre Keller auspumpten, die halfen, Schutt beiseitezuräumen. Ob in Ahrweiler, Lagos, Darna, Volos oder in Zhengzhou.

Etwas verbindet diese Orte ganz unmittelbar: der Schlick, der nach jeder Flut zurückbleibt. Der martinikanische Denker Édouard Glissant macht den angeschwemmten Schlamm als Sediment aus scheinbar toten Elementen und verlorenen Dingen zur zentralen Denkfigur. Besonders in öden, verlassenem und stummen

Orten bringt dieser Rückstand durch eine unerwartete Umkehr als Dünger neue Formen des Lebens und der Arbeit hervor. Die Möglichkeit, unsere Welt für die Zukunft widerstandsfähig zu machen, so Glissant, muss von der Unterseite unserer Geschichte her erschlossen werden – vom Eingeständnis her, dass Sklaverei und der „Kannibalismus“ der Kolonialmächte zu den Entstehungsbedingungen der westlich dominierten Moderne gehörten. Die moderne Welt, die aus diesen Strukturen hervorgegangen und darin immer noch gefangen ist, ist auf unzähligen menschlichen Knochen gebaut. Sie besteht aus Trümmern und Stümpfen, aus verstreuten und zusammengefügteten Wortfetzen der Opfer. Das Überleben der Menschheit hängt davon ab, die verkümmerte Menschlichkeit wiederzubeleben: Wir brauchen keine weiteren ungerechten Wirtschaftsabkommen, keine Fortsetzung einer auf Gewalt und Doppelmoral basierenden Weltordnung, sondern wir müssen die „Reservoirs des Lebens“ erschließen, wie Glissant fordert: diejenigen Akteure, Konzepte, Mittel und Worte finden, mit denen die Welt zu einem guten Ort für alle und alles werden kann.



Anlässlich der Ahrtalflut schrieb Radwa Khaled-Ibrahim, Nothilfe-Referentin bei medico, im Rundschreiben über den Klimawandel mitten in Europa. Zwei Jahre später stellt sie fest, dass die Einsicht in die europäische Verflechtung mit der Welt nicht weitergekommen ist.



Von Studierenden gestürzt und in der Mensa zwischengeparkt: Das Wissmann-Denkmal an der Hamburger Uni im Januar 1968.

Pinochet, ein Untoter

50 Jahre nach dem Militärputsch in Chile ist die Erinnerung immer noch umkämpft

Von Katja Maurer

Das „Museo de la Memoria“ in Santiago de Chile liegt südlich des Zentrums und der besseren Viertel. Zwischen geduckten Häusern im Stadtteil Yungay befindet es sich direkt gegenüber einem getreulich gepflegten Park mit Bänken, einem Springbrunnen, Blumenrabatten und einem Kiosk. Hier lässt sich über die im Museum ausgestellte Form der Erinnerung an die Opfer der chilenischen Militärjunta gut nachdenken. Und das Nachdenken lohnt: Das Museum ist nämlich auch ein Symbol der umkämpften chilenischen Erinnerungskultur in all ihrer Ambivalenz.

Errichtet von brasilianischen und chilenischen Architekten, ist es baulicher Ausweis einer vom Bauhaus inspirierten Moderne in Lateinamerika. Schlichte Quader gruppieren sich zu einer gestückelten Erinnerung. Doch so beeindruckend das Gebäude ist, so fragwürdig erscheint die Ausstellung. Sie versucht der Erinnerung an die Opfer gerecht zu werden. Aber sie bietet keine andere Beschreibung des Putsches als die des Menschenrechtsverbrechens: Alle werden auf das Opfer-Sein reduziert, ihr politisches Begehren in der Allende-Zeit bleibt außen vor. Es ist, als wolle das Museum mit der Erinnerung an die Verfolgung die vorausgegangenen politischen Konflikte und die Kämpfe um Emanzipation von einer kolonial durchtränkten Zwei-Klassen-Gesellschaft überdecken. Kein Wunder, dass man

ebenso vergeblich nach einer Beschäftigung mit den anhaltenden erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen in Chile sucht.

Am Politischen vorbeigemogelt

An einer Wand neben dem Museumscafé ist das letzte Gedicht des Künstlers Víctor Jara, der 1973, wenige Tage nach seiner Verhaftung, im Nationalstadion ermordet wurde, angebracht: „Gesang, wie schlecht gelangst du mir / Wenn ich Schrecken singen muss / Schrecken, wie den, den ich erlebe / und den ich sterbe“. 50 Jahre nach dem Tod Jaras – heute trägt das Nationalstadion seinen Namen – wurden seine Mörder verhaftet. 50 lange Jahre später, von denen 33 Jahre als demokratische Jahre gelten und die doch die Straflosigkeit nur mühsam und in wenigen Fällen aufheben konnten.

Man verlässt das Museum dann mit dem Eindruck, dass diese Periode schlimm war, nun aber die Demokratie gesiegt hat. Ein kleiner Röhrenfernseher zeigt zum Schluss in einer Endlosschleife die Kampagne, die 1990 zur Abwahl von Pinochet führte. Sie trug den Titel „La alegría ya viene“ [Die Freude wird kommen]. Die auf Spaß abzielende, politisch bewusst harmlos gehaltene Kampagne, entwickelt von einer Werbeagentur, bildete mit diesem Slogan die löchrige Oberfläche, unter der sich der Konsens



Am 50. Jahrestag des Pinochet-Putsches treffen sich Hunderte vor der Moneda, dem Präsidentenpalast in Santiago de Chile.

der Demokraten nach dem Ende des Putsches herauskristallisierte. An einer wirklichen Beschäftigung mit dem Begehren der Unidad Popular und dem dramatischen Scheitern ihres Versuchs, tiefgreifende Umwälzungen durchzusetzen, mogelte sie sich vorbei.

Im Rahmen des Möglichen

Wir schaffen Gerechtigkeit „im Rahmen des Möglichen“, hatte der erste demokratisch gewählte Präsident Patricio Aylwin 1990 verlauten lassen. Darüber sind viele Täter unbestraft gestorben. Der Verbleib der verschwundenen politischen Gefangenen wurde nicht aufgeklärt, in vielen Fällen bis heute. Wenn es zu Urteilen kam, zum Beispiel gegen den Geheimdienstchef Manuel Contreras, landeten die Täter in Luxusgefängnissen, die eigens für sie errichtet worden waren. Der konsensuale Übergang zur

Demokratie, den Politiker:innen des Parteienbündnisses Concertación jahrelang als chilenisches Erfolgsmodell anpriesen, vermied nicht nur die Konflikte mit den einstigen Gegnern und ließ Pinochet mit über 90 Jahren friedlich im Bett einschlafen. Er hat auch maßgeblich zur Entpolitisierung und Fragmentierung der chilenischen Gesellschaft beigetragen. Die Angehörigen-Verbände wurden systematisch isoliert. Sie störten die Geschichtsaufarbeitung „im Rahmen des Möglichen“. Und heute, rund um den 50. Jahrestag des Putsches, wächst in der Bevölkerung eine negationistische Stimmung: Die Verbrechen werden schlicht geaugnet.

Der aktuelle linke Präsident Gabriel Boric wollte zu Beginn seiner Amtszeit diese Tradition unterbrechen und machte Haydee Oberreuter, die selbst von Militärs unvorstellbar brutal misshandelt wurde, zur Staatssekretärin für Menschenrechte. In einem Gespräch vor an-

derhalb Jahren kurz nach ihrer Ernennung sagte sie mir, dass sie sich nicht als Aushängeschild für die Regierung missbrauchen lassen werde. Sie werde diese Arbeit nur tun, wenn sie substantielle Veränderungen in der Erinnerungspolitik durchsetzen könne. Anderthalb Jahre später ist sie nicht mehr Teil der Regierung.

Vitales Freiheitsbegehren

Das „Ende der Geschichte“, das mit dem Scheitern und der teilweisen Auflösung der realsozialistischen Länder die Politik unter die Ökonomie subsumierte, wurde in Chile besonders intensiv begangen. Das ist nicht verwunderlich und in gewisser Weise eine Gegenbewegung zum sozialistischen Experiment Allendes. Denn der Militärputsch von 1973 beendete einen der weltweit wichtigsten Versuche, nationales Selbstbestimmungsrecht über die eigenen Ressourcen mit einer partizipativen Demokratie zu verknüpfen. Über die repräsentativ-parlamentarische Form ging diese weit hinaus.

Gerade zu Beginn der Allende-Regierung war die Aufbruchsstimmung überall zu spüren. „Ich hatte das Gefühl, mit meinen Händen den Himmel berühren zu können“, sagt eine Freundin, die damals 13 Jahre alt war. Der Umschwung mobilisierte die ganze Gesellschaft. In Carmen Castillos Film „Calle Santa Fe“ über den charismatischen Führer Miguel Henriquez der linksradikalen Partei MIR erzählen Bauern und Landarbeiter von ihrer Subjektwerdung in diesem Aufbruch. Vorher seien sie zu einem fremdbestimmten Schicksal der Würdelosigkeit verdammt gewesen, zu einer Nichtexistenz. „Was lebendig bleibt“, sagt Carmen Castillo über diese Zeit, „ist das Begehren; dieses Begehren können sie nicht töten. Wir haben das Mysterium des Genusses berührt. Das verzeihen sie uns nicht.“

So ist der 50. Jahrestag des Putsches in Chile nicht nur Anlass, an die Monstrosität der Militärs und die Installierung des Neoliberalismus als Modell für den Globalen Süden nachzudenken, sondern auch an das „vitale Freiheitsbegehren“ (Enzo Traverso) zu erinnern, das die Regierung der Unidad Popular zum Ausdruck brachte: die Idee einer Umgestaltung der Welt, die sich in der Erweiterung der Menschenrechtsscharta um soziale Rechte und eine globale Umverteilung ausdrückte. Der spanische Politikwissenschaftler Joan Garcés nannte den chilenischen Versuch „das modernste Experiment in den antikapitalistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts“ inklusive einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft, der Ablehnung des bewaffneten Kampfes und der Anerkennung aller individuellen Freiheitsrechte.

Die Allende-Regierung war ein unerhörter Akt gegen die herrschende kapitalistische Vernunft, für eine wirklich entkolonisierte Unabhängigkeit. Damit war sie Teil einer politischen Weltkonjunktur. Die Blockfreien-Bewegung fordert nichts weniger als eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ und ihr Recht auf Entwicklung. 1974 präsentierte der algerische Präsident Boumediene auf der UN-Vollversammlung die „Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung“. Da hatte sich Allende schon erschossen, um nicht den Militärs in die Hände zu fallen.

Explodierte Erinnerung

Anlässlich des 50. Jahrestags des Putsches hat die chilenische Menschenrechts- und medico-Partnerorganisation CODEPU (Komitee für die Rechte der Völker), mit der medico schon vor Jahrzehnten kooperierte, eine Publikation vorgelegt, in der sie über die Aktualität politischer Traumata und historischer Gerechtigkeit nachdenkt. Für sie, so schreiben sie, ist die Er-

innerung keine Angelegenheit, die an etwas erinnert, „das vorbei ist“. Im Gegenteil sei sie eine historische Realität, die „ständig umkämpft ist und sich neu erzählt“. Die Publikation verbindet die Erfahrungen nach 1973 mit den Aufbegehren, die nach einer langen Phase der Angst und der Stille in den vergangenen zehn Jahren Geschichte wieder neu eröffnet haben. So weist der Titel „Die explodierte Erinnerung“ auch auf den Aufstand von 2019 der jungen Generation, auf den der Staat mit aller Härte reagierte. „Der 18. Oktober 2019 hat die dominierende Stabilität für einen Moment unterbrochen. Die offizielle Zeit, in der das Land funktionierte, war aufgehoben“ schreiben sie.

Im Sprechen über Hoffnungen und Traumatisierungen arbeiten nicht nur in der Publikation verschiedene Generationen an einer Erinnerung, die sich der offiziellen postulierten Wahrheit widersetzt. Der Aufstand von 2019 war in dieser Hinsicht auch eine Explosion des kollektiven Gedächtnisses, eine euphorische und verzweifelte Ermächtigung über die Geschichte, in der „der Feind nicht aufgehört hat zu siegen“, wie Walter Benjamin sagt. Eben das geschah 2022: Der verfassungsgebende Prozess, in den sich der Aufstand institutionalisierte, fand bekanntlich keine Mehrheit. Von dieser Niederlage haben sich die sozialen Bewegungen und die chilenischen Linken bis heute nicht erholt. Der linke Präsident Boric, der mit einer rechten Mehrheit regieren muss, hat seither kaum Handlungsspielraum und stellt die öffentliche Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Regierungsarbeit und damit entgegen seiner Ankündigungen die Ausweitung polizeilicher Gewalt. Aber auch die alte Ordnung trägt nicht mehr. Zwar haben die Populisten um den Rechtsradikalen Kast in der Neuauflage des verfassungsgebenden Prozesses gesiegt. Allerdings sieht es nicht danach aus, als würde der Verfassungsentwurf, der den Neoliberalismus noch verschärfen will, bei der Abstim-

mung im Dezember eine Mehrheit erzielen können.

Seit dem Putsch haben mehrere Generationen darum gerungen, die Geschichte in ihr Recht zu setzen, ein kollektives Gedächtnis zu gründen, das die Monster der Geschichte bannt. Anlässlich des 50. Jahrestages machte der wichtigste chilenische Regisseur, Pablo Larraín, einen sarkastischen Film, in dem Pinochet als Untoter, als Vampir durch Chile geistert. Das ist wohl der Stand der Dinge.

Die CODEPU-Publikation kann hier nachgelesen werden: www.medico.de/chile-erinnerung



Katja Maurer pflegt seit Jahrzehnten eine intensive und auch persönliche Verbundenheit mit Chile und den Auseinandersetzungen um das Erbe der Diktatur. Sie kennt den dortigen Diskurs, seine Museen und Musealisierungen ebenso gut wie die chilenische Diaspora in Frankfurt.

Seit Mitte der 1980er-Jahre, also noch unter dem Pinochet-Regime, unterstützt medico die Menschenrechtsarbeit von CODEPU zur juristischen, gesellschaftlichen und psychosozialen Aufarbeitung der Diktaturverbrechen – bis heute. Hinzugekommen sind Partnerorganisationen wie die Umweltbewegung MODATIMA oder die Feministinnen von der Coordinadora Feminista 8 de Marzo. Sie setzen sich für die Überwindung des neoliberalen Erbes der Diktatur und für ein besseres Leben für alle ein.

Spendenstichwort: Chile

Eine andere Welt war möglich

Die Geschichte der antikolonialen Befreiungsbewegungen ist noch nicht auserzählt. Interview mit der äthiopisch-amerikanischen Autorin Adom Getachew



Adom Getachew ist Professorin für politische Wissenschaft an der Universität von Chicago. Sie ist Autorin des Buches „Die Welt nach den Imperien. Aufstieg der postkolonialen Selbstbestimmung“.

In Ihrem Buch „Die Welt nach den Imperien“ gehen Sie weit zurück: zum Beginn der Entkolonisierung in Afrika und den westindischen Inseln. Wir treffen auf Persönlichkeiten wie Kwame Nkrumah, den ehemaligen Präsidenten von Ghana, oder Michael Manley, Ende der 1980er-Jahre Premier von Jamaika. Heute sind sie weitestgehend in Vergessenheit geraten. Warum halten Sie es für nötig, ihr Denken wieder zu entdecken?

Ich halte es deshalb für wichtig, weil für junge Leute und Aktivist:innen die Sprache der Ent-

kolonisierung wieder wichtig geworden ist. Das bezieht sich auf die Debatten an Universitäten, auf die Rückgabe von Kulturgütern und auf die Beschäftigung mit dem Siedlerkolonialismus. Deshalb schien es mir wichtig, genauer zu untersuchen, worin das ursprüngliche Projekt der Dekolonisierung bestand. Ich beschäftige mich mit dem Thema seit zehn Jahren. Damals schien es so, dass die globale US-Hegemonie unantastbar ist. Ich wollte eine alternative Vision der Welt erzählen, wie sie bei jenen Personen vorkam, die den kolonisierten Teil der Welt repräsentierten.

Kwame Nkrumah war eine zentrale Figur der Unabhängigkeitsbewegung in Ghana und spielt eine zentrale Rolle in ihrem Buch. Was waren die wichtigsten Elemente seines Denkens?

Ich will nicht behaupten, dass sich die Überlegungen von Nkrumah und anderen Persönlichkeiten, mit denen ich mich beschäftige, einfach auf heute übertragen ließen. Die Mitte des vergangenen Jahrhunderts war ein besonderer Moment. Heute beschäftigen uns andere Fragen, insbesondere der Klimawandel, dessen Bearbeitung die Frage nach einer gerechteren Weltordnung mit neuer Dringlichkeit stellt. Dennoch ist eine Sache zentral: Die antikoloni-

alen Politiker waren sich bereits damals im Klaren, dass nationale und internationale Belange eng miteinander verflochten sind. Sie wussten, dass man Selbstbestimmung und Selbstverwaltung nicht in einem Land allein verwirklichen kann. Der europäische Kolonialismus hatte diese Länder in hohem Maße in seine Ökonomie integriert, und zwar auf extrem ungleiche Weise. Die Denker des Antikolonialismus wussten, dass man diese Welt mit ihren Abhängigkeiten nicht einfach verlassen kann. Deshalb war für sie Selbstbestimmung aufs Engste mit einer anderen Weltgestaltung verknüpft. Sie hielten es für möglich, eine andere internationale Ordnung und andere interstaatliche Beziehung zu schaffen. Sie besaßen eine große Weltzugewandtheit.

Die Möglichkeit einer solchen dekolonialen Weltgestaltung schien nur in einem kurzen historischen Zeitraum möglich. Woran scheitert dieses Unternehmen?

Einen Wendepunkt stellten die vom IWF im Zusammenhang mit der Schuldenkrise verhängten Strukturanpassungsmaßnahmen dar, die bereits in den 1970er-Jahren zum ersten Mal in Jamaika verhängt wurden und dann die Staaten des Südens sukzessive veränderten. Dazu zählen aber auch die internen Krisen der Nationalstaaten, der Krieg in Biafra und die Sezession von Bangladesch. Die Nationenbildungsprozesse und Visionen in den entkolonisierten Staaten bargen bereits viele Widersprüche. Schon die Idee, dass es ein nationales Volk gebe, scheiterte an vielen Stellen. Und es gab tiefe Widersprüche zwischen den demokratischen Begehren in den jungen Nationalstaaten und einer staatlich gelenkten ökonomischen Entwicklung, die sich beispielsweise in der Stärkung des Zentralstaates ausdrückte. Noch schwerer war es natürlich, Hebel zu finden, um die internationale Ordnung zu verändern. In allen Momenten dieses Prozesses haben die mächtigen Staaten, darunter die ehemaligen

Kolonialmächte, große Hürden aufgebaut. So haben weder die USA noch die europäischen Länder das Recht auf Selbstbestimmung unterstützt. Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung, die von den entkolonisierten Ländern im Rahmen der UNO gefordert wurde, und auch mit der Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD eine Form bekam, kam letztlich nie zustande.

Sie unterscheiden zwischen dem europäischen Nationalstaat, der das Imperiale in den Nationalstaat überführte, und dem antikolonialen Selbstbestimmungsrecht. Worin liegt der Unterschied?

Wenn man im westlichen Sinne von Selbstbestimmung spricht, dann ist damit das Konzept des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und des Völkerbunds gemeint, entwickelt im Kontext der Auflösung der Imperien nach dem Ersten Weltkrieg. Wilsons Begriff der Selbstbestimmung war eigentlich eine Antwort auf die bolschewistische Revolution und schränkte das Selbstbestimmungsrecht so weit wie möglich ein. Die Bolschewiki unter Lenin hatten dagegen das Recht auf Sezession für unterdrückte Völker betont und glaubten, dass es einen Bildungs- und Entwicklungsprozess bräuchte, bis ein Land seine Unabhängigkeit erreichen würde. In ihren Augen gab es Völker, die möglicherweise nie zur Selbstbestimmung in der Lage sein würden. Sie hatten also einerseits ein graduelles Verständnis von Selbstbestimmung, andererseits negierten auch sie dieses Recht.

Und die antikolonialen Theorien sahen dies grundlegend anders?

Das antikoloniale Verständnis von Selbstbestimmung transformierte das Konzept grundlegend. Entwicklung sollte nicht der Selbstbestimmung vorausgehen, sondern Selbstbestimmung wurde verstanden als Voraussetzung für Entwicklung. Das ist an sich schon

eine grundlegende Kritik am imperialen Staat und einem Entwicklungsbegriff, der einzig die weitere koloniale Herrschaft rechtfertigte. Und es war diesem Verständnis tief eingeschrieben, dass nationale Selbstbestimmung nur in einem Prozess der Weltgestaltung stattfinden kann. Dass also eine egalitäre Weltordnung nationale Selbstbestimmung ermöglichen muss. Wenn man sich heute die tiefen Spaltungen in der Welt anschaut, könnte man schlussfolgern, dass nichts davon realisiert wurde. Das ist natürlich auf den ersten Blick richtig. Aber in den ersten 20 bis 30 Jahren der Unabhängigkeit vieler Staaten sank die Müttersterblichkeit entscheidend und die Alphabetisierungsrate wuchs, sehr wichtige Transformationen fanden statt. Es sind gerade die Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF, die den postkolonialen Staat einschränkten und diese Erfolge zunichtemachten. Deshalb ist es so wichtig, die guten Anfänge zu erinnern.

Sie arbeiten an einer politischen Theorie des Postkolonialen. Wie steht diese in Beziehung zu anderen postkolonialen Denker:innen, die sich eher mit der Kritik und den Auswirkungen des Kolonialismus beschäftigen. Ist die politische Theorie ein fehlendes Element im postkolonialen Denken?

Mir ist die Beschäftigung mit den Ausgangsbedingungen der postkolonialen Welt wichtig. In der politischen Theorie haben wir dafür Kategorien wie Staat, Demokratie, Repräsentanz etc. Sie sind wichtig, sie gehen aber explizit auf europäisches und westliches Denken zurück. Mein Vorschlag ist, auch die Erfahrung der sich dekolonisierenden Welt in die politische Theorie aufzunehmen. Wie kann der Übergang vom Kolonialen zum Postkolonialen uns helfen, bestimmte Konzepte, die eher aus Europa oder den USA stammen, zu überprüfen und vielleicht zu revidieren? Es geht mir um die Charakterisierung der internationalen Ordnung, um eine genauere Betrachtung des Pro-

blems der Herrschaft. Beim Imperium geht es nicht nur um Beherrschung, sondern um eine Integration, die auf Ungleichheit beruht.

Sie sprechen von postkolonialem Kosmopolitismus. Wie steht er in Verbindung zum Universalismus, den die haitianische Revolution begründete?

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schien es an der Zeit, den Begriff des Kosmopolitismus wiederzubeleben. Dazu gehörte auch die Stärkung der Europäischen Union. Ich denke an Jürgen Habermas, der über eine postnationale Staatsbürgerschaft nachdachte. Auch meine Lehrerin Sheila Benhabib schrieb über

Entwicklung sollte nicht der Selbstbestimmung vorausgehen, sondern Selbstbestimmung wurde verstanden als Voraussetzung für Entwicklung.

Menschenrechte und Migration. Sehr schnell wurde das Konzept von Souveränität aufgegeben. Wozu auch gehörte, die Politik der Nichtintervention aufzugeben. Das war die neue kosmopolitische Welt. Tatsächlich aber war ja das Ende der Souveränität und der Nichteinmischung nicht die Geburtsstunde eines neuen Kosmopolitismus, sondern eines neuen Imperiums unter Führung der USA. Das Projekt der Entkolonisierung bleibt für mich trotzdem ein universelles, ein humanistisches Projekt einer besseren Welt für alle. Frantz Fanon beendet sein Buch „Die Verdammten dieser Erde“ mit dem Aufruf zu einer neuen Humanität über Eu-

ropa hinaus. Es gibt viele Forscher:innen in meinem Feld, die wesentlich skeptischer gegenüber dem Begriff Universalismus sind, weil sie glauben, dass er immer Herrschaft in sich trägt. Dagegen beziehe ich mich positiv auf das Begehren, das im Universalismus steckt.

In Ihrem Buch erwähnen Sie, dass die afrikanischen Politiker der Entkolonisierung auch den Juden ein Recht auf Selbstbestimmung zusprachen und Israel in diesem Sinne begrüßten. Können wir mit Ihrer politischen Theorie einen anderen Blick auf den dramatischen israelisch-palästinensischen Konflikt werfen?

Zu Beginn der Entkolonisierung gab es sogar Versuche, den israelischen Entwicklungsweg nachzuahmen. Israel entsandte Ratgeber in afrikanische Staaten. Aber bereits damals nahm man in Afrika wahr, dass das Projekt auch siedlerkoloniale Züge trug. Wenn ich von der Zeit ausgehe, die ich in meinem Buch untersuche, so spielten damals föderative oder konföderative Ideen eine große Rolle. Das wäre sicher auch eine mögliche Zukunft für Israel und Palästina. Ich denke zudem an Südafrika – auch wenn vieles nicht geglückt ist. Das Post-Apartheid-Projekt stellt die Frage, wie sich ein Zusammenleben gemeinsam herstellen lässt. Das scheint mir auch für den israelisch-palästinensischen Kontext fundamental. Was würde es bedeuten, in einer Gesellschaft zu leben, in der wir alle Bürger:innen gleichen Ranges sind?

Wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, den Westen zu dekolonisieren, dann ist vor allen Dingen das Überlegenheitsdenken angesprochen. Was hieße das aus Ihrer Perspektive?

Dekolonisierung war immer ein kulturelles, politisches und ökonomisches Konzept. Dekolonisierung meint, uns selbst und unser Denken zu dekolonisieren. Es fasziniert mich, dass die Sprache der Dekolonisierung vom Globalen Süden in den Globalen Norden migriert ist. Stu-

dent:innen und Aktivist:innen im Westen wollen die Museen und die Curricula in den Universitäten dekolonisieren. Das liegt auch daran, dass sich die Bevölkerungen im Westen transformiert haben, sie sind viel gemischerter, multireligiös und multiethnisch geworden. Viele junge Leute mit unterschiedlichen Hintergründen verstehen gut, dass das westliche Denken und die kapitalistische Ökonomie uns in Sackgassen geführt haben. Das hat eine große Suche nach anderen Ressourcen und anderen Denkformen ausgelöst. Das finde ich sehr machtvoll.

Sehen Sie hier einen Weg, der Herausforderung, eine „Welt jenseits des Imperiums zu errichten“, wie Sie schreiben, zu begegnen?

Ich weiß, dass die Welt sich gerade nicht in diese Richtung bewegt. Trotzdem inspirieren mich die vielfältigen Bewegungen junger Leute, die sich eine Welt jenseits des Imperiums wünschen. Menschen sind sehr gut darin zu protestieren, aber es fehlt noch ein Weg, dieses politische Handeln auch zu institutionalisieren, also die Kraft von Massenmobilisierungen dazu zu nutzen, auch institutionelle Transformationen zu erreichen. Das ist in der augenblicklichen Konjunktur noch schwieriger geworden. Mit Blick auf die großen Aufstände der letzten 10 bis 15 Jahre ist das aber unsere Aufgabe.

Das Interview führte Katja Maurer.

medico aktiv

Europas Grenzen

medico-Reihe zur Migrations-
politik

Menschen, die versuchen nach Europa zu kommen, werden an den europäischen Außengrenzen gepushbackt, in Lager gesperrt oder mit Gewalt am Weiterreisen gehindert. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gießt diesen Ausnahmezustand in Gesetze. Vor diesem Hintergrund veranstaltet medico gemeinsam mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat, dem Wohn- und Kulturzentrum für Geflüchtete „Bellevue di Monaco“ und der örtlichen Seebrücke in München die Reihe „Europas Grenzen“. Den Auftakt machten Migrationsforscher Bernd Kasperek und medico-Kollegin Valeria Hänsel, die über Europas Abschottungspolitik berichteten. Eingeladen sind zudem Aktivistinnen der medico-Partnerrorganisation Grupa Granica, die von den Gewaltverhältnissen an der polnisch-belarussischen Grenze berichten, und Charles Heller, Direktor des medico-Partners Border Forensics, der mit forensischer Genauigkeit Praktiken der Grenzgewalt in ganz Europa untersucht.



Foto: medico

Auftakt der Veranstaltungsreihe in München

www.medico.de/europas-grenzen



Mehrfach ertragreich

Die Förderung der medico-Stiftung

Die Förderung der medico-Stiftung ist gleich in mehrfacher Hinsicht lohnend: Aus den Erträgen, die das Stiftungsvermögen abwirft, konnten auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Projekte gefördert werden, die uns bei medico am Herzen liegen und für die es manchmal nicht so leicht ist, Spenden zu gewinnen. Doch nicht nur mit den Erträgen aus dem stetig wachsenden Stiftungsvermögen können wir Strukturen fördern, die sich sozialen und ökologischen Verwerfungen widersetzen. Auch bei der Geldanlage selbst achten wir darauf, dass sie den Werten und Zielen von medico entsprechen. So unterstützt die medico-Stiftung seit diesem Jahr ein ganz besonderes Projekt der Klimagerechtigkeitsbewegung im Rheinland: Klimaaktivist:innen haben sich mit Einwohner:innen der Region zusammengetan und verhindern über den genossenschaftlichen Erwerb von Häusern, dass die Dörfer am Tagebau Garzweiler II der Braunkohlegewinnung zum Opfer fallen. Die medico-Stiftung unterstützt das Projekt der Anne Kante eG in Berverath mit einem verzinsten Erstrangdarlehen, das über die befreundete Stiftung Trias abgewickelt wird. Mit Trias zusammen fördert die Stiftung außerdem sozial-ökologische Wohnprojekte in Osnabrück und Mannheim. Mit den Zinserträgen aus den hier geschlossenen Erbbau- und Darlehensverträgen kann die Stiftung wiederum die Arbeit der medico-Partnerorganisationen im Globalen Süden unterstützen. Solidarische Umverteilung.

Haitianische Renaissance

Neue Folge des medico-Podcasts

Mit der Entscheidung des UN-Sicherheitsrates, einem multinationalen Polizeieinsatz in Haiti unter Führung von Kenia zuzustimmen, steht die haitianische Katastrophe erneut auf der politischen Welt-Agenda. Tatsächlich ist das Land mit seiner überbordenden Gang-Gewalt, die die Hauptstadt Port-au-Prince weitestgehend unter Kontrolle hat, ein Beispiel für das um sich greifende Chaos am Rande eines Welt-systems, das der Globale Norden einst als regelbasiert verstand. Dass sich der UN-Sicherheitsrat hier noch einmal auf eine Maßnahme einigen konnte – Russland und China haben sich enthalten –, verweist auf die allgemeine Ratlosigkeit. In der 15. Folge des medico-Podcasts Global Trouble beleuchten Katja Maurer, die das Land mehrfach besuchte und für medico seit vielen Jahren über die Situation vor Ort schreibt, und der haitianische Menschenrechtler und medico-Partner Pierre Espérance die Hintergründe der Krise. Sie hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben. Alle Folgen von Global Trouble – zuletzt etwa zur Situation in der Türkei, zu Lehren aus der Pandemie und zur europäischen Grenzpolitik – sind überall dort zu hören, wo es Podcasts gibt. Und auch unter:

Spenden & Stiften

Umzug oder Bankänderung? Teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung mit. So bleiben wir in Kontakt!

www.medico.de/spendenservice



Spenden: Mit einer Spende unter dem Stichwort „medico international“ ist es uns möglich zu entscheiden, wo die Unterstützung am nötigsten gebraucht wird. Oft dort, wo es keine mediale Berichterstattung gibt oder in akuten Notsituationen. Sie können Ihre Spende mit einem Stichwort versehen, dann wird die Spende ausschließlich in der Region oder themenbezogen eingesetzt.

Spenden und Schenken: Verschenken Sie zu unterschiedlichen Anlässen – wie Geburtstag oder Jubiläum – eine Spende. Sie können sich auch eine Spende wünschen. Wir stellen Geschenkkarten und Infomaterial zur Verfügung.

Spendenaktion: Sie wollen bei einem Fest, Konzert oder Veranstaltung eine Spendenaktion organisieren? Es gibt die Möglichkeit, dies online aufzusetzen: www.medico.de/spendenaktion – gerne schicken wir Ihnen auch Spendendosen und Material zu und unterstützen bei der Organisation.

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. medico und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unterstützen.



Über alle Spendenmöglichkeiten können Sie sich auch auf unserer Homepage informieren.

www.medico.de/spenden

Spendenquittungen: Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenquittung, bei regelmäßigen Spenden bekommen Sie eine Jahresspendenquittung. medico international ist ein gemeinnütziger Verein und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar.

Fördermitgliedschaft: Mit einer Fördermitgliedschaft unterstützen Sie regelmäßig und langfristig. Das ermöglicht uns in Krisensituationen schnell zu handeln und Partnerorganisationen in Regionen – jenseits der großen Aufmerksamkeit – zu unterstützen. Der jährliche Beitrag liegt bei 120€ (10€ im Monat). Für Menschen mit wenig Geld bei 60€. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden.

Zustiftungen: Die Stiftung medico international fördert aus Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen – es gibt verschiedene Formen, das Geld solidarisch einzusetzen.

VIELEN DANK FÜR DIE SOLIDARISCHE UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT!

WIR HELFEN GERNE WEITER

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke
Zentrale und Kommunikation
Tel.: [069] 94438-0, info@medico.de

Anita Starosta
Spendenaktionen und Kommunikation
Tel.: [069] 94438-0, starosta@medico.de

Dr. Anke Böttcher
Spendenverwaltung und Geldauflagen
Tel.: [069] 944 38-42
spendenverwaltung@medico.de

STIFTUNG/ TESTAMENTSSPENDEN

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
kortas@medico.de





1



2



3



4



5



6



7



8

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Bestellen Sie unser medico-rundschreiben und alle anderen Materialien zum Weiterinformieren oder auch zum Auslegen – gerne auch in größerer Stückzahl! Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen, vielen Dank!

1 Warum Hilfe* – Der neue Infolyer zum Auffalten erläutert kurz und knapp Ansätze, Arbeit und Schwerpunkte von medico. Auch zum Weiterverteilen.

2 Europas Ende – Der Infolyer stellt medico-Kooperationen in der Sahelregion und am Mittelmeer und solidarische Flucht- und Migrationsarbeit vor.

3 Es geht ums Ganze, für alle und jede Einzelne, überall. – [40 S.] Broschüre mit einem Text von Thomas Rudhof-Seibert darüber, was es eigentlich heißt, eine Menschenrechtsorganisation zu sein.

4 medico-Jahresbericht 2022 - [44 S.] Schwerpunkte der medico-Arbeit, Kooperationen, Debatten, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Jahresrückblick mit Finanzbericht.

5 Nicht auszuhalten – [16 S.] Die Kurzbroschüre informiert über die Arbeit von medico und Partnerorganisationen weltweit im Bereich psychosoziale Arbeit.

6 Globale Gesundheit – [16 S.] Die Kurzbroschüre stellt die Arbeit von Partnerorganisationen und medicos Engagement im Bereich Globale Gesundheit vor.

7 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Die Broschüre liefert denjenigen, die überlegen, medico testamentarisch zu berücksichtigen, Antworten auf rechtliche und steuerliche Fragen.

8 Inseln der Vernunft schaffen – [32 S.] Die Broschüre erläutert ausführlich Ziele und Absichten, das praktische Handeln, die Struktur und Beteiligungsmöglichkeiten der Stiftung medico international.

Auf unserer Webseite finden Sie weitere Materialien zum Bestellen oder Herunterladen:

www.medico.de/material



Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! **Im Netz** können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle **Debatten** ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über **Aktuelles und Kampagnen**, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. **„Global Trouble“** heißt unser **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung!

www.medico.de/verbinden



„Ich denke, wir machen das
im Prinzip gut. Wir arbeiten,
aber wie ein Pinguin. Man
weiß ja, wie die aussehen,
wenn sie laufen oder sich
bewegen, als ob sie versuchen
zu fliegen. Wir wären großar-
tige Schwimmer, aber es gibt
kein Wasser...“

**Aus der Nachricht einer medico-
Partnerin in Gaza**



medico international

